

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

**Bezugspreis** mit illustrierter Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.- Mark, für Selbst-abboler 1.90 Mark. — Durch die Post bezogen 2.-Mark ohne Bestellgeld. Telefon Sammelnummer 72206 — **Postfachkonto Leipzig Nr. 534 77**

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
**Telegramm-Adresse:** Volkszeitung Leipzig  
**Telefon** 72206. — **Verlag in Leipzig,** Tauchaer Straße 19/21 — **Telefon** 72206

**Inseratenpreise:** Die 10geleit. Kolonelleite 35 Pfa., bei Plakowdrift 40 Pfa. Stellenangebote 10geleit. Kolonelleite 25 Pfa. Familiennachrichten von Privatpersonen 10geleit. Kolonelleite mit 50% Nachsch. Reflameseite 2 M. Inserate v. ausw.: die 10geleit. Kolonelleite 40 Pfa. bei Plakowdrift 50 Pfa., Reflameseite 2.25 M.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweigbüchereien und alle Postämter entgegen

## Ein Gewaltstreich der Reaktion!

### 1 000 000 Metallarbeiter sollen auf die Straße geworfen werden

#### Die Bedeutung des Metallkampfes Unternehmerpiel mit Brauns?

Der Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller hat den von uns gestern mitgeteilten Gesamtsperrebeschluss eine Begründung gegeben, der wir die folgenden Sätze entnehmen, die durchaus unsere in den nachfolgenden Ausführungen dargelegte Auffassung bestätigen:

„Die mitteldeutsche Metallindustrie hat die Unterstützung der gesamten deutschen Metallindustrie in dem ihr aufgezogenen Wehrkampf gefunden, weil die bisherigen rasch aufeinanderfolgenden Lohnhöhungen unter keinen Umständen fortgesetzt werden können, wenn der gegenwärtige deutsche Preisstand gehalten werden soll. Dieses ist aber die unumgängliche Voraussetzung für die Aufrechterhaltung des jetzigen Beschäftigungsgrades. In den nächsten Monaten laufen rund 260 Lohnverträge ab. Der Zustand, daß jeder Tarifabsatz die Gewerkschaften zu neuen Lohnforderungen veranlaßt, ist volkswirtschaftlich untragbar, da er zu dauernden Beanspruchungen der Wirtschaft und, falls den Forderungen immer wieder nachgegeben wird, durch die aufeinanderfolgenden Lohn- und Preissteigerungen auf die Dauer zu einer Straube ohne Ende und damit zu einer vollständigen Untergrabung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt führen muß. Daraus ergibt sich, daß die Auseinandersetzung in Mitteldeutschland richtunggebend für die deutsche Lohnpolitik der nächsten Monate werden muß.“

Am Sonntag schrieb die halbamtliche Industrie- und Handelszeitung: „Mit größter Wahrscheinlichkeit wird man damit rechnen müssen, daß schon in den allerersten Tagen die Unternehmer von ihrer bitter ernst gemeinten Ankündigung zur Tat schreiten und die Gesamtsperre für die deutsche Metallindustrie verhängen werden.“ Einen Tag später ist diese Wahrscheinlichkeit zur Tatsache geworden: Montag mittag konnte die den Unternehmerverbänden besonders nahe stehende Telegraphen-Union melden, daß die Gesamtsperre zum 22. Februar beschlossen sei.

Einschließlich der bereits in Mitteldeutschland auf der Straße liegenden Metallarbeiter sollen davon nach derselben Meldung 800 000 Arbeiter der Metallindustrie betroffen werden. Vor einigen Tagen wurde von anderer Seite diese Zahl auf 1 200 000 angegeben. Ganz gleichgültig, ob die erste oder die zweite Schätzung richtig ist oder ob die Wahrheit in der Mitte liegt; der so angekündigte Kampf gehört in die Reihe der größten Arbeitskämpfe aller Zeiten. Warum die Unternehmer einen Kampf in diesem Ausmaße vom Zaune brechen, haben wir bereits mehrfach dargelegt. So oder so soll an den Metallarbeitern ein Exempel statuiert werden, zur Warnung für andere Arbeiterkategorien.

Die Industrie- und Handelszeitung bestätigt diese Auffassung, indem sie erklärt: „Die Unternehmer wollen unbedingt unter das jetzt wieder angelegene Rad der Lohnhöhungen einen Bremsklotz legen, um die Bewegung nach in ihren ersten Anfängen in ruhige Bahnen zu lenken.“

„Tempo und Ausmaß“ der Erhöhung der Löhne, „wie wir sie im letzten Jahre erlebt haben“, soll angeblich „die schwersten Gefahren für eine vernünftige Abwicklung der Konjunktur bringen müssen“. Also den Bremsklotz angelegt! Diese Argumentation ist eine glatte Unerschämtheit. Soeben hat das Statistische Reichsamt die Nummer 2 des Jahrgangs 1928 von „Wirtschaft und Statistik“ herausgegeben. Darin werden die tarifmäßigen Löhne nach ihrem Stande vom 1. Januar 1928 mitgeteilt. Es ist also nunmehr möglich,

die Lohnentwicklung über die volle Spanne des Jahres 1927 zahlenmäßig zu erfassen. Wir stellen demnach fest: Am 1. Januar 1927 erhielten die gesamten Arbeiter in Deutschland tarifmäßig einen durchschnittlichen Wochenlohn von 46,36 Mark, und am 1. Januar 1928 einen solchen von 49,82 Mark. Die Steigerung macht ganze 3,46 Mark aus, das sind knapp 7,5 Prozent. Die ungelohnten Arbeiter erhielten am 1. Januar 1927 tarifmäßig einen durchschnittlichen Wochenlohn von 34,46 Mark, im Verlauf des Jahres 1927 eine Zulage von 2,97 Mark und dementsprechend am 1. Januar 1928 37,43 Mark. Für die ungelohnten Arbeiter macht die Steigerung etwa 8,5 Prozent aus.

Man muß schon ein ausgepöchter Unternehmergeist sein, um in solchem „Tempo und Ausmaß“ der Lohnhöhungen „die schwersten Gefahren für eine vernünftige Abwicklung der Konjunktur“ sehen zu können. Es ist aber bezeichnend, daß

die Verkündung solcher Ansichten ausgerechnet in einem der Reichsregierung sehr nahe stehenden Organ erfolgt.

Man wird also annehmen können, daß die Ansichten, die in der Industrie- und Handelszeitung über die Erledigung des Konfliktes geäußert werden, mehr oder weniger der Ansicht des Reichsarbeitsministeriums entsprechen. Diese Äußerungen der Industrie- und Handelszeitung sind so interessant, daß man sich bereits „mit größter Wahrscheinlichkeit“ den Verlauf der Sache vor- aussehen kann.

In der Industrie- und Handelszeitung wird ausgeplaudert, daß die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches für die mitteldeutsche Metallindustrie nicht deshalb abgelehnt wurde, „weil die Entscheidung sachlich falsch war, sondern weil man u. a. fürchtete, daß auch ein Zwangstarif nicht von den streikenden Arbeitern beachtet werden würde“.

Nun haben sich die Metallindustriellen in den letzten Wochen immer wieder dagegen gewehrt, daß das Reichsarbeitsministerium ein neues Schlichtungsverfahren einleite. Diese Abwehr galt aber nur solange, wie man glaubte annehmen zu müssen, daß ein neuer Schiedspruch zugunsten der Arbeiterforderungen ausfallen würde. Nun meint aber die Industrie- und Handelszeitung, daß auch ein neuer Schiedspruch sich nur „in den Grenzen der früheren Schiedsprüche“ halten könne. Sollte das, wie anzunehmen ist, die den Unternehmern inzwischen bekanntgewordene Meinung des Reichsarbeitsministeriums sein, so kommt es also jetzt nur noch darauf an, die Voraussetzungen zu schaffen, daß nicht die Metallarbeiter wiederum einen Zwangstarif nicht beachten wollen.

Welches Mittel ist dafür besser geeignet, so haben wohl die Unternehmer überlegt, als eine Millionenausperrung, die auch die stärkste Gewerkschaft vor eine Frage von ganz anderer Bedeutung stellt, als die Ausperrung von nur einigen zehntausend Arbeitern.

Schon im voraus hat die hallische Bezirksleitung des Metallarbeiterverbandes der Auffassung der Metallindustriellen widersprochen, daß sie mit der Androhung der Gesamtsperre den DMB „unter Druck“ setzen könnten. So sehr der DMB berechtigt ist, durch seine Stärke dazu legitimiert, solche Erklärungen abzugeben, so sehr ist andererseits doch die Lage durch den Gesamtsperrebeschluss verhärtet. Auch wenn der Metallarbeiterverband alle seine, wahrscheinlich nicht geringen Mittel einsetzt, um auch den größeren Kampf durchzuhalten, so ist

die Entscheidung in diesem Kampfe doch in die Hände der deutschen Gesamtarbeiterschaft gelegt.

Das heute schon zu sagen, erscheint uns notwendig, weil die nachhaltigste und weitgehendste Solidarität der deutschen Arbeiterschaft notwendig ist, damit dieser Kampf nicht ausläuft als ein Exempel, das an den Metallarbeitern statuiert wurde, sondern als ein Exempel, das der deutschen Arbeiterschaft in ihrer Gesamtheit dient und ihren Kampf um mehr Brot und mehr Freiheit fördert.

In den Metallarbeitern Mitteldeutschlands wollen die Unternehmer die gesamte deutsche Arbeiterschaft treffen. So muß auch die gesamte deutsche Arbeiterschaft mit einem Siege der mitteldeutschen Metallarbeiter die Gesamtheit der Unternehmer in Deutschland treffen wollen.

## Der schlafende Reichskanzler

### Die vertagte Regierungskrise

Berlin, 13. Februar 1928.

Zwei Stunden lang haben die Häupter des Bürgerblocks im interfraktionellen Ausschuss beieinander gesessen, ohne zu einer definitiven Entscheidung gekommen zu sein. Um 6 Uhr kamen sie nach- einander aus dem Sitzungszimmer zurück und keine Kunst der Überberedung hatte sie zu bewegen vermocht, auch nur ein Wortlein von sich zu geben. Die Verhandlungen sind vertagt, und die Fort- setzung wurde auf Dienstagvormittag festgelegt. Für 6 Uhr abends war eine Sitzung der Zentrumsfraktion vorgesehen, der aller Wahr- scheinlichkeit nach neue Lösungsvorschläge unterbreitet werden.

Inzwischen wird in der Berliner Presse der Wahltermin fest- gesetzt. Die Angaben schwanken zwischen Ende März und Ende April. Zumeist aber sind die Dinge anders gegangen, als das von den Presseleuten prophezeit und verlangt worden ist. Jedenfalls steht fest, daß das Zentrum sein Schulgesetz kaum je bekommen wird, wenn jetzt keine Verständigung mit der Volkspartei zustande- kommt. Dann würden die Schulfragen im Wahlkampfe eine nicht geringe Rolle spielen und wie die kommende Regierung auch zusam- mengesetzt sein mag, über die bisherigen Konzeptionen wird die Volkspartei auch im neuen Reichstage nicht hinauszugehen ver- mögen.

Kein Wunder, daß das Zentrum in der Klemme sitzt und trotz der hochtönenden Drohungen des Herrn v. Guérard den letzten Trumpf nicht ohne weiteres auszuspielen vermag. Denn hinter dem Führer der Zentrumsfraktion steht immerhin nicht sein gesamtes Heer. Darum ist auch mit der Auflösung des Reichstages nicht alles getan. Der obere Klerus fordert das Schulgesetz und der Grundsatz von Lebens Brand, „das Alles oder Nichts“, gehörte bisher nicht zu den Prinzipien der Zentrumsfraktion. Ob mit den Methoden des Bluffs noch einige weitere Zugeständnisse herauszuholen sind, das freilich steht dahin.

Merkwürdig ist die geradezu naive Sorglosigkeit des Kanzlers Dr. Marx. Sein Name ist Hase; er weiß von nichts. Als er von der Verschärfung der Krise Kenntnis erhielt, soll er zwar nicht, wie ein Berliner Montagsblatt berichtet, in der Redaktion der Ger- mania, wohl aber in der Reichstagskanzlei angerufen haben, um sich über die parlamentarische Gesichtslage zu informieren. Als dann heute mittag Herr v. Guérard mit dem erkrankten Kanzler und dem Vorsitzenden der Volkspartei zu konferieren strebte, da schloß er

Empfänger des Hindenburgbriefes, Herr Dr. Marx. Herr Guérard konnte nicht vorgelesen werden und mußte später kommen. Ob der Reichspräsident mit dieser Erledigung seiner Aufträge zufrieden ist, steht dahin. Wahrscheinlich dürfte seine Vermittler- rolle noch nicht beendet sein.

SPD Berlin, 11. Februar. (Radio.)

Der interfraktionelle Ausschuss der Regierungsparteien ist heute pünktlich 10 Uhr zusammengetreten. Von der Reichsregierung nahmen an den Verhandlungen teil der Vizekanzler Herr G. der Reichsinnenminister und der Staatssekretär der Reichskanzlei Dr. V. Die Regierungsparteien sind durch die Frak- tionen geführt und die Schulspezialisten vertreten. Die Beratungen dauerten um 11,50 Uhr noch an. In maßgebenden parlamentarischen Kreisen läßt man jedoch keinen Zweifel darüber, daß die eigentlichen Beratungen weniger dem Reichsschulgesetz als dem Arbeitsprogramm des Reichstages bis Ende März gelten und daß die Auflösung des Reichstages erfolgt.

### Sorgen der Schulreaktionäre

Eine Reihe von christlich-evangelischen Vereinen und Ver- bänden veröffentlicht wegen der Gefährdung des Reichsschulgesetzes den folgenden Aufruf:

Die Beratungen über das Reichsschulgesetz drohen zu scheitern. Die Erhaltung der evangelischen Schule ist damit aufs äußerste gefährdet.

In tiefer Sorge um die Zukunft unserer evan- gelischen Schulerziehung wenden sich die unterzeichneten Verbände an die evangelischen Mitglieder aller Parteien des Reichstages und bitten:

- Erhalten unseren Kindern die evangelische Schule!
- Sichert uns das Elternrecht durch das Reichsschulgesetz!
- Gebt die Arbeit an diesem Gesetz nicht auf!
- Die evangelischen Christen rufen wir auf:
- Kämpft weiter mit uns für das Recht der evangelischen Schule!
- Fordert von euren Abgeordneten, daß sie die Verhandlungen fortsetzen!

Wir verlangen ein Reichsschulgesetz! Die Sorge der Dunkelkammer um das Reichsschulgesetz, das ihnen so weit entgegenkommt, ist verständlich. Da aber die besorgten Schulreaktionäre auch keinen Weg anzugeben vermögen, wie eine Mehrheit für die Annahme eines von ihnen gemachten Gesetzes zustandegebracht werden soll, dürfte ihnen ihr Notruf an die bürgerlichen Parteien wenig nützen.



# Büße, Prolet!

Von Ernst Reinhard.

An der letzten Sitzung des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamtes hat der Regierungsvorsteher Englands unter dem Protest nicht nur der Arbeitervertreter, sondern auch vieler Regierungsvertreter anderer Länder die Mitteilung gemacht, daß seine Regierung das Washingtoner Abkommen über den Achtstundentag nicht ratifizieren werde, sondern beantrage, die Abänderung des genannten Abkommens auf die Traktandenliste der nächsten Ratifikation zu legen. Das Vorgehen der englischen Regierung kann nur den Sinn haben, daß ein allgemeiner, internationaler Angriff auf den Achtstundentag geplant ist. Er erfolgt jenseitig in dem Augenblick, da die englische Handelspressen die günstige Konjunktur rühmt, und da Sir Alfred Mond die Arbeiterschaft eingeladen hat, gemeinsam mit ihm zusammenzuarbeiten. Aber während die Arbeiterschaft die Abänderung des genannten Abkommens auf seine offizielle Unterstützung hoffen können, haben die Forderungen der zurückgebliebenen englischen Industriellen das liebevolle Verständnis der englischen reaktionären Regierung gefunden.

Denn es ist wahr, daß alle jene günstigen Konjunkturprognosen für wichtige Industrien einfach Bluff sind. Die Kohlenindustrie leidet nach wie vor unter erheblichem Abnahmestadium und unter den sinkenden Verkaufspreisen; die Baumwollindustrie kann die Konkurrenz der japanischen, indischen und chinesischen, von der italienischen und amerikanischen ganz zu schweigen, nicht mehr ausschalten; die Maschinenindustrie führt als Beweis dafür, daß die Lohnsenkung und die Verlängerung der Arbeitszeit notwendig geworden sei, ein schweizerisches Beispiel an. Eine Gemeindebehörde Englands habe letzten zwei Generatoren einer Schweizer Fabrik und nicht einer englischen in Auftrag gegeben, weil die schweizerische Distanz 40 000 Pfund, also mehr als eine Million Franken, billiger gewesen sei. In der Gesamtsumme der englischen Distanz von 220 000 Pfund seien nicht weniger als 110 000 Pfund für Löhne inbegriffen gewesen; die englische Industrie arbeite eben hier auch unter schlechteren Verhältnissen als die schweizerische; denn während man in England die Arbeitsstunden des Metallarbeiters mit rund 1,30 Fr. bezahle, erhalte der schweizerische Arbeiter nur 0,88 Fr., der deutsche sogar nur 0,80 Fr. Der Preisunterschied zwischen der schweizerischen und der englischen Maschine betrug mehr als ein volles Drittel der Löhne; demnach müßten auch die schweizerischen Löhne um ein volles Drittel kleiner sein, und sie sind es ja auch auf dem Papier. Doch zeigen die englischen Lohnberechnungen von Seiten der Arbeiter, daß die englischen Löhne nur in Ausnahmefällen so hoch sind, wie die englische Industrie nun als Regel annimmt. Die Ursachen des Mißerfolges müssen also anderwärts zu suchen sein, besonders wenn man bedenkt, daß die englische Industrie für die Beschaffung des Rohmaterials und den Transport der fertigen Ware viel günstigere Vorbedingungen genießt, als die schweizerische.

Die Wahrheit ist die, daß die englische Industrie unter den Sünden der Industriellen schwer zu leiden hat. Schon in den Verträgen des Völkerbundes zu der letzten Wirtschaftskonferenz wurde der englischen Industrie offen vorgeworfen, daß sie in allen Fragen der modernen Betriebsweise weit zurückgeblieben sei. Die englischen Industriellen haben vor dem Kriege in mancher Beziehung unangreifbare Stellungen gehabt; sie haben sie ausgenutzt, um die reichlichen Gewinne zur Ausschüttung großer Dividenden zu verwenden; die so gewonnenen Gelder wurden im Ausland als Staats- oder Industrieanleihen einströmend untergebracht. Nur keine Ausgaben für Modernisierung der Betriebe; das hätte die Profite geschmälert! Andere Industrieunternehmen versteckten die Gewinne, indem sie Gratisaktien an die glücklichen Aktionäre verpackten, damit das Kapital der Unternehmen aufblühten, ohne daß ihnen auch die entsprechenden Gegenwerte als Maschinen und Waren gegenüberstanden; kurz, die Betriebe wurden nach allen Regeln der Kunst und in der unverantwortlichsten, leichtfertigen Weise überkapitalisiert. Nun sinkt die Beschäftigungsmöglichkeit; die Gewinne werden kleiner; aber wenn sie auch ausgereicht hätten, um das alte Aktienkapital zu verzinsen, so reichen sie nun nicht mehr für das künstlich angeschwemmte Kapital; die Betriebe rentieren nicht mehr; die Klage der Kapitalisten wird herzerweichend.

Die Beschäftigungslosigkeit aber haben die Herren wieder selbst verschuldet, als sie die englische Industrie nach den Kolonialländern verpflanzten. Braxford erzählt im New Leader aus eigener Anschauung, wie beispielsweise die Zuleindustrie von Dundee nach dem indischen Gebiet der Hughli-Mündung abgewandert ist, weil die kleinen Löhne der indischen Arbeiter die Ausschüttung größerer Dividenden ermöglichten. So kamen die Aktionäre in Indien zu Gewinnen von 90 Prozent pro Jahr; aber in England blieben die Weber arbeitslos — und die Kapitalisten Englands wurden um die Mehrwerte betrogen, die ihnen die englischen arbeitslosen Weber nun nicht mehr erschießen konnten. Die englische Industrie verlangte nicht zuletzt während des Krieges, daß die Deutschen die Kriegskosten zu bezahlen hätten; nun, die tun das heute, indem sie Reparationskosten nach Italien liefern; aber für jede Tonne deutscher Reparationskosten geht eine Tonne englischer Rohle weniger nach Italien — und der Kohlenarbeiter wird arbeitslos. Nichts als gerechte Strafe, daß nun auch der Kohlenaktionär mit der Dividendenlosigkeit seiner Papiere bezahllen muß!

Dabei haben aber die englischen Industriellen in der letzten Zeit nicht weniger Bankkapital vorgeschossen bekommen als vor dem Kriege; ganz im Gegenteil: selbst wenn man die Geldentwertung mitberechnet, erhalten sie heute anderthalbmal so viel Bankgeld als vor dem Kriege. Aber wie sie dieses Bankgeld verwaltet haben, hat ihnen letzten der Direktor einer der großen fünf englischen Banken, Mister Goodenough von Barclays Bank, gesagt: „Dabei ist es eine Tatsache, daß enorme Summen, die der Industrie von den Banken überlassen wurden, infolge der Mißwirtschaft der Industriellen hoffnungslos eingetroten sind, und daß sich die Finanzen in vielen Fällen deshalb weigern muß, neue Kredite, selbst wenn diese nützlich sein könnten, zu gewähren.“

Das ist starker Tabak! Doch ist es klar, daß die Finanzen bei Vorwürfen nicht stehen bleiben, sondern daß sie, um das investierte Kapital zu retten, zu andern Mitteln greifen muß. Und diese sieht nun der bekannte Professor Keynes darin, daß die Banken ihre Machtposition ausnützen, um die widerstreitenden Industriellen zu den nötigen Reformen zu zwingen. Die englischen Banken, die sich bis dahin um die Organisation der englischen Industrie herzlich wenig bekümmert haben, sollen damit selbst in den Betriebsproben unmittelbar eingreifen, zu Trutz und

Industriebanken werden, was sie bis dahin nicht getan haben; sie sollen Aktien übernehmen und in den Verwaltungsräten der Industrieunternehmen ihre Vertreter sitzen haben. Damit aber wird das englische Industriekapital entthronet und an seine Stelle tritt das Finanzkapital! Auf dem Hintergrund des ganzen Konfliktes um den Achtstundentag spielt sich der Kampf des englischen Industriekapitals mit dem Finanzkapital um die Vorherrschaft in der englischen Industrie ab.

In diesem Kampf sind die Industriellen hoffnungslos geschlagen. Sie haben sich durch eigene Schuld und Viedertätigkeit in eine Situation hineingewirtschaftet, aus der es fast kein Entrinnen mehr gibt. Aber für diese Schuld wollen sie die Verantwortung nicht tragen, noch wollen sie dafür büßen. Sie sehen den Ausweg darin, daß sie dem Arbeiter zumuten, länger zu arbeiten und kleinere Löhne zu bekommen; die Arbeiter sollen für die Sünden der Unternehmer büßen; das Opfer der Arbeiter soll sie aus der Lage retten, in die sie sich selbst hineingeführt haben! Das und nichts anderes ist der Sinn des Kampfes! Aber hier werden die Arbeiter aller Länder geschlossen bleiben: Diesmal sollen die Herren für die Sünden der Herren büßen, und wenn diese Buße die Sozialisierung sein sollte!

# Die Schulden des Zaren-Rußland

## Die Sowjetregierung kapituliert!

SPD Paris, 13. Februar.

Der Vorsitzende der französisch-russischen Konferenz, Senator de Monzie, äußerte sich am Montag über den Stand der französisch-russischen Schuldenverhandlungen. Aus der letzten Note der Sowjetregierung geht hervor, daß sie bereit sei, Frankreich 62 Annuitäten von je 80 Millionen Goldfrank zu bezahlen. Das Angebot entspricht etwa 20 Prozent der russischen Verbindlichkeiten. Dieser Prozentsatz könnte noch erhöht werden, wenn man die von Spekulant erworbenen russischen Wertpapiere von dem Zinsdienst ausnehmen würde.

De Monzie gab ferner der Ueberzeugung Ausdruck, daß Sowjetrußland trotz seiner wirtschaftlichen Schwierigkeiten die Annuitäten leisten könnte. Hinsichtlich der russischen Forderung nach der Gewährung von Krediten, die als Vorbedingung für die Wiederaufnahme des Schuldendienstes gelten sollen, erklärte de Monzie, daß es sich nur um industrielle und kommerzielle Darlehen handle. Die Kredite sollten durch Pfandverträge, vor allem auf Petroleum, garantiert werden und nicht durch Konzeptionen, deren Betriebe vor dem Kriege französisch oder anderen ausländischen Gesellschaften gehört haben.

# Sozialdemokratie und Landwirtschaft

## Forderungen der Reichstagsfraktion

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat zur Behebung der Notlage eines Teils der Landwirtschaft die Reichsregierung in einem Antrage aufgefordert, folgende Maßnahmen zu ergreifen und dem Reichstag entsprechende Gesetzesentwürfe zu unterbreiten:

1. In Stelle der Getreidezölle ein Reichsmonopol für die Einfuhr und Ausfuhr von Getreide und Mühlenprodukten einzuführen, für die Preispolitik dieses Monopols durch ein Reichsgesetz bindende Richtlinien aufzustellen, die dem Erzeuger einen angemessenen Ertrag seiner Arbeit und einen Ersatz seiner Aufwendungen sichert, ohne daß dem Verbraucher unnötige Lasten auferlegt werden. Die Monopolverwaltung mit dem Rechte auszustatten, ausländisches Getreide zollfrei einzuführen, und sie soll verpflichtet sein, aus inländisches Getreide zu erwerben, soweit dies zur Sicherung der inländischen Erntebewegung und zur Stabilisierung der Inlandspreise erforderlich ist.
2. Alle Futtermittelzölle aufzuheben.
3. Bestrebungen zu fördern, die auf Grund sachmännischer und sorgfältiger Prüfung die Qualitätsverbesserung und die Standardisierung der landwirtschaftlichen Produkte bezwecken.
4. Zum Zwecke der Verringerung der Spanne zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreis einzutreten für Unternehmung schon bestehenden und Gründung neuer Erzeuger-, Abfabr- und Verbraucher-genossenschaften. Bestrebungen zu unterstützen, die durch Selbsthilfe bäuerlicher Betriebe rationelle Technik in der Betriebsführung zur Anwendung bringen.
5. Die Milch- und Viehwirtschaft und der Mollereibetrieb sind im gesellschaftlichen Zusammenhange zu fördern und betriebstechnisch auf eine höhere Stufe zu bringen.
6. Die Gemüsekultur zu fördern, insbesondere dann, wenn es sich darum handelt, den Ertrag zu steigern und Früherzeugnisse zu erlangen. Im Obstbau muß das Streben dahin gehen, durch die Auswahl einiger für unser Klima geeigneter Sorten den Ertrag und die Aufnahmefähigkeit des Marktes zu erhöhen.
7. Bereitstellung öffentlicher Mittel für Meliorationen, Oed-landkultur und alle geeigneten Maßnahmen zur Verbesserung der Wasserwirtschaft.
8. Um in der Betriebsführung die Landwirtschaft zu den höchsten Leistungen zu bringen, ist der Ausbau der landwirtschaftlichen Schulen, der Zwang zum Besuch der Schulen, die Belehrung durch Wandervorträge, zu verlangen. In der praktischen Ausbildung ist die Bildung von Ringwirtschaften und weit verzweigten Beispielwirtschaften zu bezwecken.
9. Staatliche und genossenschaftliche Versicherung gegen Verluste bei Viehseuchen und anderen Sachschäden in Verbindung mit einer Gefahrengemeinschaft über das ganze Reich.
10. Eine öffentliche Kontrolle über die Erzeugung und den Vertrieb der für die Landwirtschaft erforderlichen Produktionsmittel einzuführen, besonders für Kunstdünger, Saatgut und landwirtschaftliche Maschinen mit dem Ziel, dadurch die Verbilligung der wichtigsten landwirtschaftlichen Produktionsmittel zu erreichen.
11. Bei übermäßiger Verschuldung landwirtschaftlicher Großbetriebe für den Ankauf durch Reich oder Länder auf der Grundlage des Steuerwertes zum Zwecke der Siedlung einzutreten. Weitergabe des Besitzes zur bäuerlichen Siedlung in Erbpacht mit der Sicherung, daß der neue Besitzer bei der event. Abgabe des Besitzes

nur die Berechnung eigener Aufwendungen beanspruchen kann, nicht aber einen Spekulationsgewinn.

12. Die Pächter durch ein Gesetz gegen zu kurze Pachtristen, gegen willkürliche Kündigung und gegen Bodenschäden zu schützen. Der Pächter, den sie durch eine bessere Bodenkultur dem Besten gegeben haben, muß ihnen bei Aufgabe der Pacht ersetzt werden.

13. Vereinfachung des Steuerwesens; öffentliche Auslage der Steuerlisten.

14. Reichsgesetz für die Errichtung von Landwirtschaftskammern, die eine gleichmäßige Vertretung aller landwirtschaftlichen Berufsstände aufnehmen und zwar in der Weise, daß Unternehmer und Arbeiter in gleicher Zahl vertreten sind unter Berücksichtigung der Betriebsgrößen bei der Vertretung der Unternehmer.

15. Bau von Landarbeiterwohnungen, in erster Linie Mietwohnungen, aber auch Eigenheime der Landarbeiter. Beim Bestenwechsel landwirtschaftlicher Unternehmungen ist der Staatszuschuß abzuschließen, der zum Bau von Landarbeiterwohnungen gegeben wurde, die im Besitz des Unternehmers bleiben.

16. Der Abwanderung aus den landwirtschaftlichen Betrieben zu begegnen durch Ausdehnung der bäuerlichen Siedlung und durch Hebung der sozialen Lage der Landarbeiter. Es muß die Stellung des Landarbeiters in der Gesetzgebung gleich sein der der übrigen Arbeiter und der Lohn sich über das Niveau des gegenwärtigen Zustandes erheben. Insbesondere ist der Abschluß von Tarifverträgen für die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter zu fördern.

## Gegen die Beschränkung der Fleischeinfuhr

Gegen die durch eine Verordnung des Reichernährungsministers herbeigeführte Beschränkung der Einfuhr von Getreidefleisch richtet sich die folgende Interpellation der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion:

Die Reichsregierung hat in der Sitzung des Handelspolitischen Ausschusses vom 2. Juli 1926 erklärt, daß sie die zollfreie Einfuhr von 10 000 Tonnen Getreidefleisch monatlich für erforderlich halte. Demgemäß beschloß der Ausschuß, trotzdem hat das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft in den letzten Januarmonaten dieses Jahres diese Menge auf 8500 Tonnen monatlich herabgesetzt, eine Maßnahme, die im schroffen Widerspruch zu dem § 5 des Gesetzes über Zolländerungen vom 17. August 1925 steht. Nach diesem Gesetz ist die Getreidefleischeinfuhr „im Umfange der bisherigen Einfuhr“ zollfrei. Diese Einfuhr betrug aber in dem der Kontingentierung vorangehenden Jahr 148 000 Tonnen. Da bisher bereits die zollfreie Getreidefleischeinfuhr bei weitem nicht ausreichte, um den Bedarf der minderbemittelten Bevölkerung zu decken, muß die jetzt vorgenommene Kontingentierung zu einer weiteren Verknappung und Verteuerung des Getreidefleisches und damit zu einer schweren Schädigung der minderbemittelten Verbraucher führen.

Was gedenkt die Reichsregierung zu tun, um ihre eigene, erst vor kurzer Zeit zum Ausdruck gebrachte Auffassung über die ausreichende und billige Ernährung der minder tauffähigen Bevölkerung durchzuführen?

## Es lebe der Terror!

Der agrarische nämlich, zu dem das Organ des Landbundes für die Provinz Sachsen durchaus eindeutig und unerbittlich auffordert. Es behauptet, im Kreis Gardelegen seien die Mitglieder des Bauernbundes samt ihren Führern geschlossen wieder zum Landbund übergetreten, und es knüpft daran folgende Aufforderung:

„Die gewaltige Kraft der einheitlichen Masse muß endlich auch vom letzten Landwirt erkannt werden, und wenn er nicht freiwillig in unseren Bund kommen will, so müssen die anderen einen gewissen moralischen Druck ausüben, um ihn zu zwingen.“

Wir glauben, das ist eindeutig genug. Würde eine Arbeiterorganisation etwas auch nur entfernt Ähnliches fordern oder eine Arbeiterzeitung etwas Ähnliches schreiben, es fände sich sicher ein Staatsanwalt mit allerhand Paragraphen ein und läßt auch ein Gericht, das die „roten Terroristen“ unter die Lupe nähme. Das Landbündlerorgan wird sich jedoch keinen Sorgen hingeben, ist doch Landbündler, wie es gleich in den nächsten Zeilen heißt,

„unser allverehrter Reichspräsident, Generalfeldmarschall von Hindenburg, seit seinem Besuche auf dem großen Landbundtag in Hannover Ehrenmitglied des Reichs-Landbundes.“

Wie ungeniert überhaupt die Sprache der Großagrarier ist, zeigt in derselben Nummer (v. 11. Februar) eine andere Notiz über das „immer stärkere Aufwachen des Landvolkes (des Kupferbleches der Bauern für die Interessen der Großagrarier) über die durch unsere bisherige Steuer- und Zollgesetzgebung immer unerträglicher werdenden unerhörten Ungerechtigkeiten“. In dieser Notiz erklärt das Landbündlerorgan:

„Die Erledigung der zunächst als am allernotwendigsten erkannten Hilfsmittelmaßnahmen, des sogenannten „Sofort-Programms des Reichslandbundes“, wird von unseren Führern mit jedem nur irgend zur Verfügung stehenden Mitteln erzwingen werden.“

Das Landbündlerorgan hält es nicht einmal für erforderlich, auch nur das Wörtchen „geheilig“ oder „geheim“ einzufügen. Es findet einfach die Anwendung jedes „nur irgend zur Verfügung stehenden Mittels“ an. Man stelle sich, noch einmal vor, eine Arbeiterorganisation oder eine Arbeiterzeitung würde eine ähnliche Anwendung gebrauchen. Was würde dann wohl geschehen, Herr Staatsanwalt?

## Wendung im Steglitzer Schülerprozeß

### Saktenlassung von Krank

III Berlin, 14. Februar.

Zu Beginn der heutigen Verhandlung im Krank-Prozeß stellte der Verteidiger Dr. Frey den Antrag, den Angeklagten aus der Haft zu entlassen, da von einem hinreichenden Verdacht des gemeinschaftlichen Mordes überhaupt keine Rede sein könne. Die Staatsanwaltschaft gab darauf die Erklärung ab, daß sie nicht einsehe, daß der Angeklagte 2 oder 3 Tage vor der Urteilsfällung aus der Haft entlassen werden soll. Der Staatsanwalt gab ferner die Erklärung ab, daß die Anklage wegen Mordes Nordes allerdings nicht ausreicht erhalten werde, wohl aber wegen gemeinschaftlichen Totschlages. Nach kurzer Beratung verkündete das Gericht die Haftentlassung des Angeklagten Paul Krank, da ein hinreichender Verdacht nicht vorliegt. (Bravo!)

Die am 12. d. M. tagende Generalversammlung des „Bereins Sozialistischer Ärzte“ nahm u. a. zu dem stehenden Prozeß Krank Stellung und beschloß die folgende Resolution:

„Der Verein Sozialistischer Ärzte hält die Anklageerhaltung der Öffentlichkeit gerade in Stienprozessen für eine dringende Notwendigkeit. Er betont aber, daß die gewalttätige Aufdeckung aller sexuellen Einzelheiten beim Verhör wie bei der Verhandlung unzulässig und unwürdig ist und schwere physische Schäden bei den Beteiligten hervorrufen kann.“

Der Prozeß zeigt die Notwendigkeit, die noch gründlicher unzugängliche Jugendgerichtsbarkeit bis zum 31. Lebensjahr für zuständig zu erklären.

Auch unter den gegenwärtigen Umständen ist es Pflicht der Zukunftsvorhaltung, den durch diese Prozeßführung entstehenden Schaden dadurch zu verringern, daß die Staatsanwaltschaft anweist, eine Anklage zurückzunehmen, die angeht das vorliegende Material bei ruhiger, von Sensationsbedürfnis freier Würdigung der Sachlage nie hätte erhoben werden dürfen.“



## Zu den Wirtschaftsverhandlungen mit Polen

### Der Widerstand der Großagrarier

SPD Warschau, 13. Februar.

Der polnische Landwirtschaftsminister Niezabitowski hat am Montag als Antwort auf die Befürchtungen landwirtschaftlicher Organisationen bezüglich der Auswirkung des deutsch-polnischen Handelsvertrages eine bedeutende Rede gehalten, in der er die Bedenken der deutschen Landwirte vor der Einfuhr polnischer landwirtschaftlicher Erzeugnisse zurückweist. Vertreter der polnischen landwirtschaftlichen Organisationen haben erklärt, daß sie mehrfach für den Abschluß eines Handelsvertrages eingetreten seien, der für sie neue Exportmöglichkeiten bedeute. In dessen Häuten sich die Meldungen aus Deutschland, daß man dort besonders auf den Tagungen des Landbundes in Anwesenheit von Regierungsvorstellern gegen die Drosselung der deutschen Grenze für polnische landwirtschaftliche Erzeugnisse agitieren. Der Handelsvertrag mit Polen würde aber nur darauf beruhen, daß er die Einfuhr deutscher industrieller Erzeugnisse nach Polen und die Einfuhr polnischer landwirtschaftlicher Produkte nach Deutschland regle. Ohne entsprechende Ausfuhrmöglichkeiten für die Erzeugnisse der polnischen Landwirtschaft wäre der Handelsvertrag für Polen wertlos, insofern beabsichtigt die polnische Landwirtschaft keineswegs, den Export derart auszubehalten, daß hierdurch die deutsche landwirtschaftliche Rentabilität beeinträchtigt werde. Die polnische Landwirtschaft strebe lediglich Konkurrenzfähigkeit an.

Die deutsch-nationale Kreuzzeitung schreibt zu der Rede des polnischen Ministers: „Die Forderungen der polnischen Landwirtschaft, wie sie in ihrer dem Landwirtschaftsminister unterbreiteten Denkschrift aufgestellt werden, die Antwort des Ministers auf sie, lassen erneut schlagartig die Gefahren erkennen, die der deutschen Landwirtschaft bei dem Abschluß eines deutsch-polnischen Handelsvertrages drohen. Ohne Berücksichtigung der Interessen der polnischen Landwirtschaft ist, wie der Landwirtschaftsminister selbst versichert, für Polen ein deutsch-polnischer Handelsvertrag wertlos. Auf der anderen Seite aber muß, wenn diese Forderungen in dem Ausmaße, wie es von Polen gewünscht wird, Rechnung getragen wird, die deutsche Landwirtschaft auf sich werte geschädigt werden. Diese Quadratur des Kreises zu lösen, erscheint unmöglich. Wenn der polnische Landwirtschaftsminister betont, daß Polen seine Forderungen nicht überspannen wolle, so ist das ein billiges Gerede; man weiß, mit welcher Hartnäckigkeit gerade die polnischen Unterhändler bei den bisherigen Verhandlungen die landwirtschaftlichen Forderungen vertreten haben. In jedem Falle erwarten wir, daß sich die deutschen Unterhändler bei den kommenden Verhandlungen auf keinen Vertrag einlassen werden, der den Interessen der deutschen Landwirtschaft abträglich ist.“

Mit anderen Worten gesagt: Die deutschen Agrarier wollen überhaupt keine Einfuhr polnischer Agrarprodukte dulden, um die Getreide- und Fleischpreise in Deutschland hochhalten zu können. Die Durchsetzung ihrer Forderungen würde aber bedeuten, daß der Zollkrieg zwischen Deutschland und Polen fortgeführt und damit zugleich die deutsche Arbeiterschaft weiter schwer geschädigt würde.

Um die deutsche Schweinezucht zu fördern und die Ausfuhr von Schweinefleisch zu ermöglichen, hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beantragt, daß diejenigen Mengen von Futtermitteln, die zur Erzeugung des ausgeführten Schweinefleisches erforderlich sind, zollfrei eingeführt werden dürfen. Der Antrag bezweckt also, die Belastung der Schweinezucht durch den Zoll auf Futtermittel zu beseitigen.

## Wahlterror in Polen

Der Ost-Express meldet aus Warschau: Mit dem Herannahen des Wahltermins nimmt auch der Wahlterror zu und es kommt zu zahlreichen Zusammenstößen und gewaltsamen Versammlungsstörungen. In Lemberg mußte die Polizei drei Versammlungen auflösen, u. a. wurde ein Attentatsversuch mit Handgranaten gegen das Wahlbureau der Regierungsliste im letzten Augenblick vereitelt. In Warschau kam es in der Versammlung der katholisch-nationalen Liste zu großen Prügeleien, Gronzki wurde durch eine eingedrungenen Gruppe gewaltsam am Reden verhindert. Der Verhandlungsaal wurde teilweise demoliert, 35 Personen wurden verletzt, 16 mehr oder weniger schwer verwundet. In Krakau trat der Vizepremierminister Bartel mit einer großen Wahlrede auf, in der er erklärte: hinter der Liste 1 stehe die Regierung und stehe ich dieser Liste nicht, an welcher der Finanzminister, der Handelsminister und der Außenminister teilnehmen. Eine Erhöhung der Beamtengehälter werde erst nach Erschließung neuer Einnahmequellen möglich sein. Hinsichtlich der negativen Handelsbilanz sagte Bartel, nach zwei Monaten werde eine Aenderung eintreten.

Sühne für den Odesaer Konsulmord. Das Gericht in Odesa verurteilte Dobrowolski, den Mörder des italienischen Botschaftskonsuls in Odesa, Cuzzio, zum Tode. Der Fehler der dem Ermordeten getrauten Sachen, Gutowski, erhielt eine dreijährige Gefängnisstrafe.

## Reichstagskandidaturen gefällig?

### Größerer Wollen ganz oder geteilt abzugeben

WTB berichtet: Der Bund Deutscher Frauenvereine, dem 78 Verbände mit insgesamt 1 1/2 Millionen Mitgliedern angehören, hat jetzt in Erledigung eines Beschlusses seiner letzten Generalversammlung an die Parteileitungen der Deutschen Demokratischen Partei, der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen Volkspartei insgesamt 88 Nennungen von Frauen weitergegeben, die durch ihre bisherige Arbeit und vielfach auch parlamentarische Erfahrung durchaus geeignet erscheinen, in den neu zu bildenden Parlamenten mitzuarbeiten. Alle Genannten hatten ausdrücklich ihre Bereitschaft

dazu erklärt. Die Liste war entstanden auf Grund einer Umfrage bei den dem Bund angeschlossenen Verbänden.

Schade, daß die hier angebotene Lagerware nicht näher betrachtet wird. Es wäre für die Öffentlichkeit immerhin ganz interessant, die Namen der auf diese Weise wie Kusverkaufsartikel offerierten bürgerlichen Bewerberinnen um ein Reichstagsmandat kennenzulernen.

## Das verschlechterte Mieterschutzgesetz

### Auch der Reichsrat stimmt zu

M Berlin, 13. Februar.

Der Reichsrat befaßte sich in einer öffentlichen Vollziehung am Montag mit der vom Reichstag verabschiedeten Novelle zum Mieterschutzgesetz und zum Reichsmietengesetz. Der Berichterstatter hob hervor, daß die Bedenken gegen den ursprünglichen Entwurf durch die Änderungen des Reichstages im wesentlichen oder zum großen Teil behoben seien. Die Vertreter von Hessen, Mecklenburg-Schwerin, Hamburg, Lübeck und Braunschweig forderten erneut daß der Reichsrat Einspruch erhebe. Der preussische Vertreter erklärte, daß auch bei der preussischen Regierung Zweifel beständen, ob die bestehenden Bedenken ausgeräumt seien. Der Reichsrat sei aber dadurch, daß die geltenden Gesetze jetzt ablaufen, in eine Zwangslage verlegt. Darum werde Preußen gegen die Einspruchserhebung stimmen. Die Unterstellung für die Anträge auf Erhebung des Einspruches reichten nicht aus, so daß der Vorsitzende feststellen konnte, daß der Reichsrat mit den Beschlüssen des Reichstages einverstanden ist.

## Vorbefraße sollen nicht geheilt werden!

SPD Anlässlich der Beratung des Etats für Volkswohlfahrt wurde im preussischen Landtag von sozialdemokratischer Seite u. a. darauf hingewiesen, daß eine Landesversicherungsgesetz anstatt wiederholt die Ausnahme von Lungentranken in Heilstätten ablehnte, weil die Patienten vorbestraft waren. Aus diesem Grunde hat die sozialdemokratische Fraktion im preussischen Landtag folgenden Antrag eingebracht:

„Das Staatsministerium wird ersucht, seinen Einfluß bei der Reichsregierung dahin geltend zu machen, daß Patienten, die vorbestraft sind, von der Landesversicherungsanstalt künftig nicht mehr von der Aufnahme in Lungentheilanstalten ausgeschlossen werden dürfen.“

Die einfache Tatsache, daß ein solcher Antrag überhaupt notwendig wurde, spricht Bände. Die Bureaucraten, die solche Entscheidungen treffen konnten, scheinen nicht einmal beirren zu haben, daß die vorbestraften Lungentranken ihre ganze Umgebung aus schwersten gefährdeten, wenn sie nach dem Willen dieser weltfremden Beamten nicht geheilt werden dürfen.

## Barmat und Hoeftle

Im Barmatprozeß setzte der Oberstaatsanwalt Dr. Sturm sein Plädoyer fort, und zwar behandelte er das Kapitel „Deutsche Girozentrale“ und den Fall Hoeftle. Er gab dabei seiner Meinung Ausdruck, daß Julius Barmat des Betrugs zum Nachteil der Deutschen Girozentrale und der Angeklagte Klenki der Beihilfe hierzu schuldig sei, und außerdem Julius und Henry Barmat in Gemeinschaft der aktiven Bestechung des verstorbenen Reichspostministers Dr. Hoeftle sowie der Anstiftung desselben zur Untreue. Der Oberstaatsanwalt schilderte die einzelnen Betrugsmanöver, hob die Vorteile auf, die der verstorbene Postminister dem Barmatkonzern verschafft habe und nannte als Summe der von dem Barmat und Hoeftle gezahlten Bestechungsgelder den Betrag von 40 485 M.

## Dänemarks Sozialdemokratie verlangt Neuwahlen

SPD Kopenhagen, 1. Februar.

Der dänische Reichstag soll sich zu Beginn der kommenden Woche u. a. auch mit der Rekonstruktion der dänischen Landmannsbank beschäftigen. Es handelt sich hier um eine Frage, die in der dänischen Öffentlichkeit eine außergewöhnlich große Rolle spielt. Die Rekonstruktion wurde notwendig infolge der fortgeschrittenen Verluste der Bank.

Am Sonnabend ist nun der Rekonstruktionsplan der dänischen Regierung durch eine Indiskretion an die Öffentlichkeit gelangt. Danach soll die Bank innerhalb 4 Jahren liquidiert werden. Diese Ansicht hat in allen Parteien des dänischen Parlamentes mit Ausnahme der Centre starke Entzweiung hervorgerufen. Der Führer der Sozialdemokratischen Partei und ehemalige Ministerpräsident Stauning bezeichnet den Vorschlag in einem Artikel als eine Vorkantklärung der gegenwärtigen Regierung und spricht die Erwartung aus, daß das Kabinett nunmehr in Erkenntnis seiner Ohnmacht entweder Neuwahlen ausschreibt oder abtritt, bevor es durch ein Misstrauensvotum zur Demission gezwungen werden sollte.

## Tanger

SPD Paris, 14. Februar (Radio).

Die französisch-spanischen Tanger-Verhandlungen haben nunmehr, wie das Deuere berichtet, zu einer sachlichen Einigung geführt. Es bleibt nur noch die Frage zu regeln, wie lange das neue Abkommen in Kraft bleiben soll. Spanien hat darin im Rahmen der Algeciras-Acte größeren Anteil an der Verwaltung und an der Polizei in Tanger erhalten. Gleichzeitig wurde auch Italien insofern beteiligt, als ihm die Leitung des Gesundheitswesens übertragen wurde.

## Noch immer Kämpfe in Mexiko

Mexiko, 13. Februar.

Bei Laurel Hill in der Nähe von Coacoman ist es zu einem Gefecht mit Aufständischen gekommen, bei dem zwölf Aufständische getötet wurden. Drei weitere Aufständische, die gefangengenommen waren, wurden hingerichtet. Nach einer amtlichen Veröffentlichung haben 400 Aufständische an dem Kampf teilgenommen.

## Trojki unterwegs

Nach einer Meldung der Boffischen Zeitung hat Trojki auf seiner Fahrt in die Verbannung, die in einem Sonderwagen vor sich ging, die Station Zruale erreicht, wo die Eisenbahn endet. Der weitere Weg nach Alma Ata, dem früheren Wien, muß mit Fuhrwerk zurückgelegt werden. Die unfällig lange Reise bis Zruale seit Mitte Januar bestätigt offenbar die in der letzten Zeit in Moskau verbreiteten Gerüchte, daß Trojki unterwegs längere Zeit krank lag. Die Mosauer Presse hebt bezeichnenderweise das Erstaunen der Bevölkerung von Zruale hervor, daß Trojki und seine Familie mehr als 70 Gepäckstücke mitgenommen hätten und mit höchst bürgerlichem Luxus umgeben seien; sogar einen Jagdhund und reichliche Jagdgesellschaften führte Trojki mit sich.

Nach einem Vortrag Bucharins vor dem erweiterten Plenum der Komintern wurde beschlossen, dem Kominternkongress im Juni eine Resolution vorzulegen, die ganz ähnlich wie die Resolution der russischen Partei vom Dezember besagt, daß die Zugehörigkeit zu der trojkschen Opposition, die eine offen antisowjetische Gruppe darstellt, mit der Zugehörigkeit zur kommunistischen Internationale unvereinbar sei.

## Keine Vollstreckung der Todesstrafe

### Die Gememörder zu Zuchthaus begnadigt

Amlich wird mitgeteilt: Durch Beschluß des Preussischen Staatsministeriums vom 13. Februar dieses Jahres sind die wegen Ermordung des Kaufmanns Wilhelm reichsträglich erklärten Todesstrafen für die Verurteilten Fuhrmann, Klapproth und Schulz in lebenslängliches Zuchthaus, für den Verurteilten Umhofer in eine Zuchthausstrafe von 15 Jahren umgewandelt worden.

## Klassenjustiz in Frankreich

SPD Paris, 14. Februar (Radio).

Der kommunistische Abgeordnete Duclos, der vom Pariser Strafgericht wegen Pressebetruges, begangen durch Veröffentlichung von fünf Artikel über die Chinatrage, zu nicht weniger als dreißig Jahren Gefängnis verurteilt wurde, hat jetzt vom Strafgericht in Boulogne noch zwei weitere Jahre Gefängnis erhalten. Duclos wird seit Dezember vergangenen Jahres von der Pariser Polizei gesucht.

## Die Minderheit regiert!

SPD Oslo, 13. Februar.

Die neue norwegische Regierung Nowinkel ist am Montag vom König ernannt worden. Der Führer der radikalen Linken, Nowinkel, übernimmt neben dem Ministerpräsidenten gleichzeitig das Auswärtige Amt. Das neue Kabinett, das sich ebenfalls nur auf eine Minderheit im Parlament stützt, wird dem Storting am Donnerstag sein Programm mitteilen.

## Billigung der Thronrede

WTB London, 13. Februar.

Im Unterhause wurde heute der Thronrede der Arbeiterpartei zur Antwortadresse auf die Thronrede mit 273 gegen 197 Stimmen abgelehnt.

## Der Not erlegen

SPD Schwerin, 13. Februar.

Vor etwa acht Tagen wurden in dem Warenhaus der Firma Karstadt in Schwerin umfangreiche Diebstähle entdeckt, über die erst jetzt der Öffentlichkeit Mitteilung gemacht wird. Die bisherige Untersuchung hat ergeben, daß ein großer Teil der etwa hundertköpfigen Angestellten fortgesetzt Waren verschwinden ließ. Außerdem hat eine Persönlichkeit der Geschäftsleitung namhafte Beträge durch Fälschung von Gutscheinen veruntreut. Die Diebstähle wurden dadurch aufgedeckt, daß aus den Kreisen des Publikums eine Anzeige bei der Schweriner Staatsanwaltschaft erstattet wurde. Die unehelichen Angestellten hatten mit einem größeren Kreis von Helfershelfern Verbindungen. Sie traten als Käufer in dem Warenhaus auf. Die „Auftraggeber“ stecken ihnen dann in geeigneten Augenblicken heimlich Waren zu. Der Gesamtwert der gestohlenen Waren beliefert sich auf etwa tausend Mark. Bis jetzt sind vier Angestellte des Karstadter Warenhauses als Hauptschuldige festgenommen worden. Weitere Verhaftungen stehen bevor. Ein Teil des Diebesguts konnte bereits wieder herbeigeschafft werden.

## 30 von den Fischern ertrunken

WTB Moskau, 13. Februar.

Von den etwa 400 Fischern, die während eines Sturms von der Kronstädter Küste auf Eisfloßen, die sich losgelöst hatten, fortgetrieben wurden, sind nach einer Fundmeldung eines ausgehenden Wasserflugzeuges etwa 30 umgekommen. Die übrigen haben Land, ein Teil von ihnen die finnische Küste erreicht.

## Schwerer Schneesturm im böhmischen Erzgebirge

WTB Prag, 13. Februar.

Längs des Erzgebirgskamms herrschte gestern ein überaus harter Schneesturm, der zeitweise orkanartigen Charakter annahm. Die Kammtstrassen sind stellenweise bis zu 1,50 Meter verweht und für Autos unpassierbar; auch Fuhrwerke und Schlitten können sich nur mühsam einen Weg bahnen. Durch den Sturm wurden auch die Telegraphen- und Telefonleitungen vollkommen zerstückt.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:

Ulrich Herrmann in Leipzig

Verantwortlich für den Interesenteil:

Hugo Schönd in Leipzig

Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft Leipzig

Diese Nummer umfaßt 12 Seiten.

Ein Blick genügt!

MANOLI  
**Dandy**  
ZIGARETTEN, 4<sup>u</sup>

Verständnisvoll greift der Raucher zu dieser Zigarette. Er weiß das Gute zu schätzen.



# Gewerkschaftliche Anzeigen

**Ortsauschuss des A. D. G. B. Leipzig**  
 Volkshaus, Reiter Straße 32, Fernruf 340 21

**Deutscher Metallarbeiter-Berband, Ortsverwaltung Leipzig**  
 Tel. 340 21 u. 340 11, Geschäftst. vorm. v. 9-12 Uhr, nachm. 1/2-7 Uhr, Sonnabends vorm. 9-12 Uhr

**Generalsammlungsbestreter**  
 Freitag, den 17. Februar, 19 Uhr, findet im Volkshaus die **ordentliche Vertreterversammlung** statt. Tagesordnung: 1. Wahl der Delegierten zur Bezirkskonferenz, 2. Bericht und Wahl der Ortsverwaltung, 3. Anträge, Zutritt nur gegen Mitgliedsbuch und Vertreterausweis

**Deutscher Holzarbeiter-Berband, Berw. Leipzig**  
 Mittwoch, den 15. Februar, abends 7/7 Uhr, **Jahres-Generalsammlung** im Volkshaus (großer Saal und Nebenräume). Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht über das Jahr 1927, 2. Bericht der Revisoren, 3. Wahl der Ortsverwaltung und der Revisoren, 4. Wahl der Delegierten zur Bezirkskonferenz, 5. Bericht über die kassierten Lohnverhandlungen für die Landesvertragsarbeiten, 6. Kein Stimmrecht in dieser Versammlung haben Mitglieder, die länger als vier Wochen mit ihren Beiträgen im Rückstand sind, ferner Mitglieder, die nicht mindestens zehn Wochen Beiträge entrichtet haben, drittens Jugendliche und Lehrlinge, sofern sie noch nicht zwei Jahre Mitglied sind. — Verbandsbuch ist beim Eintritt zum Versammlungslokal vorzulegen. — Ausweise für verzeihliche Verbandsbücher können nicht ausgestellt werden. — Arbeitslose Mitglieder müssen ihre Verbandsbücher gegen Rückgabe des selben Mitgliedsausweises vom 13. bis 15. Februar in den Geschäftsstunden im Bureau abholen. — Ohne Verbandsbuch kein Zutritt zum Versammlungslokal. Die Ortsverwaltung.

**T. V. Die Naturfreunde, Ortsgruppe Leipzig E. V.**

Donnerstag, 16. Februar 1928, spricht **Dr. Max Dori**, Berlin, im großen Saal des Volkshauses über:

**„Natur und Kunst“**  
 Vortrag mit Lichtbildern  
 Beginn 20 Uhr. Eintritt 50 Pfg.  
 Jugend und Erwerbslose 30 Pfg.

Am 13. März: Vortrag: „In den Schwolzer Bergen.“  
 Genosse Eicher, Zürich.

**Gummi-Klose**  
 LEIPZIG-HAINSTR. 17-19

**Gummi-**  
 Stirm- und Kinnbinden  
 Knöchelbinden  
 Gummistrümpfe zur Erzielung schlanker Knöchel u. Beine, Senkfuß-Bandagen  
 Elektrische Massage-Apparate

# Amtlliche Bekanntmachungen

Die Schweinepest im Bestande des Gutsbesizers **Ruhne-Engelsdorf**, Ortsteil Sommerfeld, Arnoldstr. 8, sowie die Häute unter dem **Erbebesitzer** des Futtermittelhändlers **Holtenhahn-Engelsdorf**, Ortsteil Sommerfeld, Leipziger Straße 54, sind erloschen.  
 Leipzig, am 13. Februar 1928.  
 Die Amtshauptmannschaft.

**Katzensprung-Pflaster**  
 gegen Rheuma und Reizen  
 rar, gut klebend, nur 50 Pfg.

**Die Frauenwelt**  
 ist eine unentbehrliche Helferlin und Sekretärin jeder Arbeiterfrau, d. Frauen des Angekl. u. mittleren Beamtenstandes. Alle Frauen u. jungen Mädchen, die sich mit Frauenwelt bekannt gemacht haben, wollen sie nicht mehr in ihrem Hause missen und schieben sie dem großen trauen Helferlin, der von Heft zu Heft um viele Hunderte wächst.

**Die Frauenwelt**  
 erscheint 14 tällich. Jedes Heft enthält die vielseitige **Wochenchau**. Selbst ist die Frau ein lebensweites Heft enthält außerdem eine vielseitige, reich illust. **Sonderbeilage Kinderchau**. Preis pro Heft mit Schmittmutterbogen 40 Pfennige.

Alle Aussträger und Pfl. allen der Volksgesundung nehmen Bestellungen entgegen **Leipziger Buch-Druckerei A. G.**  
 Tauchaer Str. 10/11  
 Abl. Buchhandlung

Für die anlässlich unserer **Silbernen Hochzeit** dargebrachten Aufmerksamkeiten sagen wir hierdurch herzlichsten Dank.  
 Plaußig, im Februar 1928.  
**Richard Kurth und Frau.**

Nach langem Leiden entschlief heute vormittag im 77. Lebensjahre unser lieber Vater, Schwieger-, Groß- und Urgroßvater  
**Hermann Wurl**  
 L.-Kleinzschocher, den 13. Februar 1928  
 Hirzelstraße 16  
**Die trauernden Hinterbliebenen**  
 Die Beerdigung findet Donnerstag, den 16. Februar, 13.30 Uhr, vom Trauerhause aus statt

Allen denen, die unserem lieben Entschlafenen, Herrn **Gastwirt Richard Rüdiger** durch Schritt, Blumenspenden und Gelobt die letzte Ehre erwiesen haben, herzlichsten Dank  
**Leipzig O 30, Gesellschaftshaus Kaiserhallen**  
**Ida verw. Rüdiger und Kinder.**  
 Da ich das Geschäft im Sinne meines verstorbenen Gatten weiterführe, bitte ich um weitere wohlwollende Unterstützung.

Für die so vielen Beweise herzlichster Teilnahme, die feierliche Ueberführung und Bestattung unsres so teuren Entschlafenen  
**Robert Germer**  
 herzlichsten Dank. Ferner auch für die erhebenden Gesänge und die herzinnigen Trauerreden, die ihm bei der Trauerfeier dargebracht wurden, ebenso denen, die ihm das letzte Gelobt gaben, innigsten Dank. In all diesen Ehrungen unsres so früh Verschiedenen, ist es uns ein Trost in diesen so schweren Tagen.  
 Grotzsch, den 11. Februar 1928.  
 In tiefster Trauer  
**Klara Germer und Hinterbliebenen.**

**Nachruf**  
 Unser alter Freund und früheres Vorstandsmitglied  
**Emil Scherll**  
 ist am Sonntag nach langem Leiden aus unsrer Mitte geschieden. Sein langjähriges Wirken innerhalb der Gemeinde sichert ihm ein dauerndes Andenken.  
 Die Funktionäre des Ostbezirks der Freireligiösen Gemeinde

Ein edles Vatorherz hat aufgehört zu schlagen!  
 Am Sonntag, abends 6 Uhr, verschied nach langem, schwerem, im Weltkriege zugezogenem Leiden im 40. Lebensjahre mein guter Mann, unser trausorgender Vater, unser lieber Sohn, Bruder, Onkel und Schwager, Herr  
**Willi Viehweg**  
 Leipzig-Mockau, Gontardweg 56.  
 In tiefer Trauer  
**Frau Elsa Viehweg und Kinder**  
 nebst allen Hinterbliebenen.  
 Die Einäscherung findet am Donnerstag, dem 16. Februar, 1/4 Uhr, auf dem Südfriedhof statt. — Blumenspenden werden dankend abgelehnt.

**Neues Theater.**  
 Dienstag, den 14. Februar 1928  
 Ceffentliche Vorstellung  
 zugleich 10er-Vorstellung für den Verein Deutsche Bühnen

**Re Traviate**  
 Oper in 3 Aufzügen (libretto von Giuseppe Verdi. Text von Giuseppe Maria Palestrina, deutsche Uebersetzung von Natalie von Grünfeld)  
 Musikalische Leitung: Albert Gonsard  
 In Szene gesetzt von Heinz Gohmann  
 Leipziger Opern-Orchester  
 Personen: Violetta Valery (Ella-Bell Gerdt); Flora Bervoat (E. Modersdorf); Alfred Germont (Fritz Jodetz); George Germont, sein Vater (Ludwig Jodetz); Gaston Biromonte (Friedrich Jodetz); Baron Douphal (E. Herbeling); Marquis de Valpurga (H. Modersdorf); Doktor Arcazio (D. Salymann); Antina, Violettas Dienerin (Anna Thara); Joseph, Diener Violettas (W. Witz); Ein Diener bei Flora Bervoat (H. Lang); Ein Kammerdiener (Ferd. Mehlhorn)  
 Premiere Violettas und Floras, Sänger und Tänzerinnen, Madras, Diener, Musikler  
 Die Handlung spielt 1847-48 in Paris und Umgebung und zwar der erste Aufzug bei Violetta in Paris im August, der zweite auf Floras Landhaus im Januar, der dritte am Abend des letzten Tages auf einem Hofball bei Flora Bervoat der vierte im Schlafsaal Violettas im Februar

Wauke nach dem 2. Aufzug (3. Aufz.)  
 Einl. 19 Uhr. Anfang 19/2 Uhr. Ende nach 22 Uhr  
 Preise der Plätze 40 Pfg. bis 3.— Mk.  
 Mittwoch, den 15. Februar: Wilson. Anfang 19/2 Uhr  
 Donnerstag, den 16. Februar: 15. Sprechstunde  
 Vorstellung (L. Jodetz, 10): Der Traubebau. Anfang 19/2 Uhr

**Schauspielhaus.**  
 Coblenzer Str. 11, Leipzig, Tel. 3067/3011  
 Dienstag, den 14. Februar 1928, 10 Uhr  
**Finden Sie, daß Constance sich richtig verhält?**

Romäne in drei Akten von W. G. Wagners  
 Deutsche Bühnenbearbeitung von Fritz Hoff  
 In Szene gesetzt von Wilhelm Kasperlitz  
 Personen: Constance (Gertrude Kasperlitz); John Middleton (E. Girard); George Bervat (D. S. Jodetz); Mrs. Culver (Hilmarie de Braun); Marie-Luise (Gretl Jodetz); Martha (Gisela Jodetz); Barbara (Ella-Bell Gerdt); Werner Durham (Georg Jodetz); Bentley (Robert Zimmermann)  
 Bei der Handlung: John Middleton hat, in Paris einen  
 Wauke nach dem 2. Akt  
 Einl. 19 Uhr. Anfang 19/2 Uhr. Ende nach 22 Uhr  
 Mittwoch, den 15. Februar, 10 Uhr: Finden Sie, daß Constance sich richtig verhält?  
 Donnerstag, den 16. Februar, 10 Uhr: Finden Sie, daß Constance sich richtig verhält?

**Neues Operntheater**  
 Tel. 22484 — Dir. Dr. Eckert.  
 Täglich 8 Uhr, Sonntags 3/2 und 7/2 Uhr  
**Der Weitschlagler!**  
**„Frühling in Heidelberg“**

Das Tagesgespräch Leipzigs!  
 Heute Dienstag, 14. Febr., ausverkauft durch den Schußheimischen Leserkreis  
 Besuchen Sie den Vorverkauf für Mittwoch und Donnerstag  
 Vorverkauf: ab 10 bis 1/2 Uhr und von 5 Uhr ab  
 Preise von 1 Mk. bis 6,50 Mk.  
 Bitte schicken Sie den Text Ihrer

**Anzeige**  
 bis 9 Uhr vorm. des betreffenden Tages ein, damit wir sie wunschgemäß und **wirkungsvoll** gestalten können!

**Beachten Sie unser morgen erscheinendes Inserat!**

**SONDER & Co.**  
 Leipzig, Petersstr. 16  
 1. Etage  
 im Salamanderhaus

**Theater Battenberg**  
 Anfang 8 Uhr Fernspr. 270 29  
**Rassenhaß**  
 Trauödie einer Deutsch-Japanerin  
 Morgen: Rassenhaß

**Kaffee- u. Speischaus** Zum Parthen-Ufer Uferstraße 12.  
 Gemüß. Aufenthalt, preisw. Mittagstisch  
 Moritz Heckel u. Frau.

**S. Scidel-Sänger Singspiele**  
 Thomaskirchhof 16, Telefon 2668.  
 Täglich abends 8 Uhr:  
**Scidel-Sänger**  
 Nur noch bis Mittwoch!  
 Der Spielplan des endlosen Lachens!  
 Fuchsigstimmung!  
 Die Lieblingekuh des Maharadscha

**Altes Theater.**  
 Dienstag, den 14. Februar 1928  
 10/2 Uhr  
 Vorstellung für den Leipziger Volkshausverein  
 Wilhelm Tell.

**Die Donnic**  
 Romäne des Komponisten in 4 Akten von Rossini  
 Text und Hand Regie von Max  
 In Szene gesetzt von Gerhard Siebel  
 Personen: Donnic, ein gelehrter Schauspieler (H. Lang); Josef Braunmann, Regisseur und Antiquar (Fritz Jodetz); Wette, Generalvertreter einer Tabakfabrik (Kurt Lange); Frau Wollsch, heiler Zimmerfrau (Marie Schuppang); Frau Polinski, deren Tochter (Antina Jodetz); Der Theaterdirektor (H. Jodetz); Der Regisseur (H. Jodetz); Edmund (H. Jodetz); Corsetta (Ella-Bell Gerdt); Grotzsch (H. Jodetz); Jodetz (H. Jodetz); Theatermeister (Antina Jodetz); Verlierer (Fritz Jodetz); Senfmaier (Hilmarie de Braun); Der Reporter des „Wolfsburger Kuriers“ (G. Jodetz); Sarah, Manager (Hans Jodetz); Computer (Kurt Jodetz); Polinski (Ella-Bell Gerdt); Ein Arbeiter (H. Jodetz); Schauspieler, Statist, technisches Theaterpersonal  
 Spielt in der mittelgroßen Probingsaal Leipzig  
 Zeit: Gegenwart  
 Wauke nach dem 2. Akt  
 Einl. 19/2 Uhr. Anfang 19/2 Uhr. Ende nach 22 Uhr  
 Preise der Plätze 40 Pfg. bis 7.— Mk.  
 Mittwoch, den 15. Februar: Ceffentliche Vorstellung zugleich 10er-Vorstellung für den Verein Deutsche Bühnen. Anfang 19/2 Uhr  
 Donnerstag, den 16. Februar: Ceffentliche Vorstellung zugleich 10er-Vorstellung für den Verein Deutsche Bühnen. Anfang 19/2 Uhr

**Modernes U.T. Kleinzschocher**  
 Bes. M. Raschke. Tel. 40960  
**Ab Dienstag bis Donnerstag:**  
 Das große Lustspiel-Programm  
**Gauner im Frack**

In den Hauptrollen:  
**Paul Heidemann**  
**Nils Asthor — Mary Kid**  
 8 Akte Dazu: 8 Akte  
**Pass' auf deine Frau auf...!**

Die Geschichte einer modernen Ehe in 7 Akten  
 Ab nächsten Freitag:  
**Wenn Menschen reif zur Liebe werden.**  
**Pat und Patachon auf dem Pulvertall**

**Schönfeld UT Schönfeld**  
 Breslauer Str. 1 Tel. 656 90  
**Dienstag bis Donnerstag!**  
 Der Wilh. Dieterle-Großfilm  
**Der Mann, der nicht lieben darf**  
 (Das Geheimnis des Abbé X)  
 Das Problem der irdischen und himmlischen Liebe in einem Drama von großem Reiz  
 Hierzu:  
**König im Sattel**  
 Ein Film von Pferden, Cowboys und Liebe mit **Jack Hoxie**  
 Für Jugendliche verboten!  
 6,00 8,50

**Naumann-Bräu**  
 Morgen Mittwoch, den 15. d. M., ab 7 Uhr abends:  
**Großes Abschieds-Konzert**  
 der Oberländer-Kapelle  
**Schorsch Lettenmeyer.**

**Film-Palast**  
 Lindenau, Gundorfer Str. 31  
 Anfang 1/2 7  
**2 ganz hervorragende Schlager!**  
**Ich habe im Mai von der Liebe geträumt...**  
 mit **W. Dielerle u. Grete Reinwald**  
**Ein schwerer Fall**  
 mit Ossi Oaswa'da.

**Luna-Lichtspiele**  
 Eutritzsch, Ecke Schiebestr. und 1/2 9 Uhr  
**Ein herrliches Doppel-Programm!**  
**Die indiskrete Frau**  
 mit **Jenny Jugo Georg Alexander**  
**Der Weg zur Verdammnis**  
 Hochsensational.



Der Prozeß des Schülers Kranz

Zwischenbetrachtungen

(Von unserem Korrespondenten.)

Berlin, 14. Februar.

Der Prozeß Kranz geht heute weiter. Vielleicht kommt er schneller zu Ende, als es am Sonnabend schien; möglich, daß er die Öffentlichkeit doch noch einige Tage mit Dingen behelligt, die bereits zum Ueberdruß bekannt sind.

Ein Berliner Montagsblatt brachte gar die sensationelle Nachricht: Der Staatsanwalt habe die Mordanklage fallenlassen. Natürlich denkt er gar nicht daran.

Im preussischen Justizministerium hat am Montag eine Pressekonferenz stattgefunden mit dem Zwecke, den Auswüchsen der Berichterstattung im Kranz-Prozeß entgegenzutreten. Es stellte sich heraus, daß es gar keine Auswüchse gibt, die zu bekämpfen wären. Der Justizminister hat aber bei dieser Gelegenheit erklärt, daß die Staatsanwaltschaft mit der Erhebung der Anklage wegen Mordes nur ihre Pflicht getan habe. Das ist eben die Frage!

Jeder von dem Paragrafensimmel nicht Angekränkelte mußte im Kranz-Prozeß in sich gehen: Einmal woher dieses ungeheure Interesse für den Prozeß? — 68 Berichterstatte. Und zum anderen: woher dieser Gegensatz zwischen dem jungen Menschen auf der Anklagebank und dem Mordparagrafen, der ihm anhängt wurde?

Die erste Frage ist schwer zu beantworten. Das Schlagwort Sensationslust genügt nicht. Auch Kriminalfälle ähnlicher aufregender Art sind bereits dagewesen. Die öffentliche Bedeutung der soziologischen, sexuellen, pädagogischen oder sonstigen Probleme, die durch das Geschehen im Scheller'schen Hause aufgewühlt wurden — war es auch nicht. Vielleicht das Anklagen der jugendlichen Erotik an die Erotik der Erwachsenen? Man zerbricht sich den Kopf und findet keine Antwort.

Leichter ist es die andere Frage zu beantworten: Woher die Anklage wegen Mordes?

Ist gekommen. Dann will auch er Schluß machen, bleibt aber ebenso gern am Leben.

Wäre die Tat einige Monate früher geschehen, so wäre die ganze Angelegenheit vor den Jugendrichter gekommen. Da aber der „Mittäter“ bereits 18 Jahre alt ist, so muß er nun auch den Rathenau-Paragrafen über sich ergehen lassen, dessen Verwendungs für politische Mörder vorgesehen war und der Verabredung zum Mord mit Strafe bedroht: es wird nämlich Kranz zur Last ge-



Paul Kranz

legt, daß er mit Günter Scheller verabredet habe, die Hilbe zu ermorden. Die Groteske der Anwendung des Rathenau-Paragrafen im Falle des 18jährigen Schülers Kranz, der bei einer nächtlichen Zecherei mit einem Freund verabredet hatte, die 16jährige Hilbe zu töten, sucht ihresgleichen.

Man erinnert sich noch, wie die Polizei nach der Katastrophe jeden Tag mit einer neuen Sensation herausrückte — bis sie schließlich Kranz als Mittäter bekanntgab. Der junge Kriminalkommissar, der die Ermittlungen zu seiten hatte und der in der Gerichtsverhandlung nicht eher ruhte, bis er erzählt hatte, weshalb er Kranz dem Untersuchungsrichter wegen Mordes zugeführt habe, erklärte im Gegensatz zu seinem Chef, daß Hilbe für ihn das glaubwürdigste Geschöpf der Welt sei. Als er Kranz nach der Mordnacht zum Sprechen bewegen wollte, sagte er ihm: „Bertrachten Sie mich als Ihren Kompennäher. Auch ich habe erst vor kurzem die Schulbank verlassen.“ Das stimmt. Deshalb hatte er auch Kranz dem Untersuchungsrichter wegen Mordes zugeführt.

Und der Staatsanwalts-Anwalt, gleichfalls ein junger Mensch, der erst vor kurzem die Schulbank verlassen hatte, machte den Eindruck, als finde er ein Vergnügen daran, den Kopf seines Kompennähers zu fordern. Dafür fand er aber kein Wort der Ermunterung für die 16jährige Elinor Ratti, die vor Angst, einen Meineid zu leisten, überhaupt nichts mehr zu sagen wußte. Er setzte sich um so energischer für die weniger befangene Hilbe Scheller ein, die sich aus dem Eide gar nichts machte.

Die Natur kennt keine starren Grenzen. Der Mensch setzt aber solche in seiner Annatur fest. Er sagt: Bis 18 Jahre vor den Jugendrichter; nach 18 vor den Scharfrichter. Bis 16 Jahre kein Eid, nach 16 Jahren der Eid unter allen Umständen. Und der Vorstehende setzt dieser Annatur die Krone auf. Er behandelt Kinder, als wären sie Erwachsene. Er fragt die kleinen Mädchen über die intimsten Dinge aus, die mit der Tat nichts zu tun haben; er stellt an den 18jährigen Angeklagten Anforderungen, die man kaum an Erwachsene stellen kann — von 1/10 bis 7 Uhr dauert die Verhandlung.

Ja, dieser Vorstehende. Im Haftüberprüfungsverfahren sagt er dem 18jährigen: „Sie sind der vollkommenste Mensch!“ In der Gerichtsverhandlung emuntert er ihn: „Wir haben Verständnis für menschliche Schwächen.“ Er weigert sich, ihm zu gestatten, neben dem Verteidiger Platz zu nehmen und ist hinterher gezwungen, ihn auf der Bahre vor dem Richtertisch liegen zu lassen. Er erlaubt nicht der Mutter, ihrem Jungen bei den Gefängnisbesuchen die Hand zu reichen und ihm einen Kuß zu geben. Und hebt ihn selbst über die Barriere, als er sich in das Nebenzimmer zur Erholung begeben soll. Dies das Doppelgesicht der Justiz. May spricht von Menschlichkeit und ist in Wirklichkeit Sklave toter Paragrafen.

Und das ist es auch, was gerade im Prozeß Kranz in seiner ganzen Unverhülltheit einem entgegentritt. Auf der Anklagebank der unreife Junge. Vor dem Zeugentisch die 16jährige Mädels. Auf der Sachverständigenbank die Pädagogen und Jugendärzte, weiterhin Presse und Publikum, die sich mit den Sachverständigen einig wissen. — Alles durchflutet warme Menschlichkeit. Aber einige Stufen höher, dort, wo der Richter- und Anwaltschaft stehen, weht der kalte Wind der Paragrafen. Ein eisiger Hauch, der jedwede Menschlichkeit ertötet.

Ein Junge hat geirrt und hat sich verirrt. In einer Nacht von Zerungen hat sein Mitschüler getötet und sich selbst getötet, und er war mit einer Seite seines Wesens dabei. Er bedarf der Hand, die ihn aus der Irre herausführt und auf den geraden Pfad des Lebens stellt. Statt dessen die doppelt vergiftete Zelle im Untersuchungsgefängnis neben dem Lustmörder Böttcher und die Mordanklage.

Kranz' häusliche Verhältnisse sind fast proletarisch zu nennen. Aus der Volksschule kam er als Freischüler in die Oberrealschule unter Anaben wohlhabender Eltern. Er mußte mitmachen, da das Milieu um ihn es verlangte. Anfangs trieb es ihn woanders hin, nach links. Er landete aber beim Jungdo. Die trügerischen



Hilbe Scheller

Zwei Pennäler betrinken sich an Obstwein und Likör, essen Kaffeebohnen und brauen sich Kaffee, schreiben Briefe an das „Weltall“ und sonstwosin, schmieden Mord- und Selbstmordpläne, durchwachen die Nacht, einander aufreizend und aufgelübt, stehen am Morgen da mit wildestem Kopf und verwüstetem Herzen, der eine erschießt seinen „Lobfeind“ und tötet sich selbst; der andere blüht mit verschärften Armen auf seinen sterbenden Freund herab und nicht nur mit dem Kopf, als wolle er sagen: also so



Elinor Ratti

Phrasen von Volksstaat und Brudergeist hatten ihn genarrt. Er merkte nicht die Inhaltlosigkeit dieser Ideologie. Die Schicksalsschläge, die ihn nun getroffen, werden ihn vielleicht eines Besseren belehrt haben, vielleicht findet er nun den Weg zu der Gemeinschaft, der die Zukunft gehört, die dem Leben Sinn und Inhalt gibt. Dann wird das Unglück, das über ihn gekommen, nicht nur böse Folgen gehabt haben.

Der mitteldeutsche Metallarbeiterstreik

Äußerungen Dr. Brauns bei der Sozialdebatte des Reichstags

Berlin, 13. Februar.

Die Einzelberatung des Haushalts des Arbeitsministeriums wird fortgesetzt beim Kapitel der Sozialversicherung.

Der Ausschuß hat hierzu eine Reihe von Entschlüssen eingebracht, in denen die Vorlage von Gehaltentwürfen gefordert wird zur Sicherung der Existenz der älteren Arbeiter und Angestellten, zur Erhöhung der Lohnpensionsgelder, zur Befestigung der rechtlichen Bonachstellung der technischen Angestellten gegenüber anderen Angestellten in der Gewerbeordnung. Weiter wird eine Verwaltungsvereinfachung in der Sozialversicherung verlangt.

Abg. Frau Schroeder (Soz.)

weist darauf hin, daß die Arbeiterkassen bei der Krankenkasse zwei Drittel, bei der Knappschaftsversicherung drei Fünftel der Beiträge auszubringen habe. So habe auch auf diesem Gebiet die schlechtbezahlte Arbeiterkassen den größten Teil der Kriegslasten zum Wiederaufbau der Wirtschaft und Volksgesundheit übernommen. Die fortwährenden Klagen über zu starke Belastung kamen aber nicht aus diesen Kreisen, sondern aus denen der Unternehmer. Die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft sei aber abhängig von der Pflege der Gesundheit und Arbeitskraft der Arbeiterkassen. Darum dürfe die Sozialversicherung nicht abgebaut, sondern müsse weiter ausgebaut werden.

Von den Kommunisten ist ein Mißtrauensantrag gegen den Reichsarbeitsminister und ein Antrag auf Streichung seines Gehalts eingegangen.

Abg. Bredelbaum (D.Nat.) fordert eine Verwaltungsreform bei der Sozialversicherung und weist auf die Zunahme der Krankenkassen hin, deren Praxis vorbildlich sei.

Abg. Poppe (D.Nat.) meint, die bisherigen Erfahrungen mit der Knappschaftsversicherung gäben Anlaß zu der Befürchtung, daß durch diese Methode die Aufrechterhaltung des ganzen Versicherungszweiges gefährdet wird. Seitdem im Reichsknappschaftsverein statt

der Unternehmer der Bergarbeiterverband herrsche, werde von den Angestelltenverbänden bittere Klage über die dort herrschenden Verhältnisse geführt.

Abg. Frau Teusch (Ztr.) empfiehlt einen Zentrumsantrag, der eine Erhöhung der Renten in der Invaliden- und Angestelltenversicherung, sowie Reichszuschüsse für die Waisenrenten verlangt. Das Ministerium müsse aber dafür sorgen, daß die Rentenerhöhung auch wirklich den Renten zugute komme und ihnen nicht durch Ausgleichsmaßnahmen der allgemeinen Fürsorgebehörden wieder entzogen wird. Die schlechte Lage der Knappschaftskassen sei vielleicht dadurch mitverschuldet, daß die Leistungen dieser Kasse auch vielen Nichtverletzten zugute kommen.

Abg. Jandusch (Komm.) bemängelt die Praxis bei der Reichsknappschaftskasse und stellt verschiedene Vorschläge an. In Aussicht.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns

erklärt sich bereit, für eine Vereinfachung des Verfahrens beim Ausgleich von Streitigkeiten im Sozialversicherungswesen zu wirken. Hierzu müßten gewisse Änderungen in der Praxis des Reichsoberversicherungsamts vorgenommen werden. Die Novelle zum Unfallversicherungsgesetz werde am 22. Februar von Reichsrat beschließen.

Abg. Stöhr (Nat.-Soz.) beantragt die Bewilligung von 120 Millionen zum Ausgleich der Schäden, die den Sozialkassentümern im Saargebiet durch die Verordnungen der Reichsregierung entstanden seien.

Abg. Kädel (Komm.) beantragt die Erhöhung der Reichszuschüsse zu den Renten der Invalidenversicherung von 212 364 000 auf 220 244 000 Mark, des Reichszuschusses zur Familienwochenhilfe von 30 auf 150 Millionen.

Zum Kapitel Arbeitsvertragsrecht, Arbeitsgerichtsbarkeit, Schlichtung und Lohnpolitik führt

Abg. Hanisch (Soz.)

Beschwerde über die Lohnpolitik der Unternehmer im Bergbau. Die arbeiterfeindliche Haltung dieser Unternehmer werde noch dadurch gestärkt, daß im Schlichtungsverfahren Schiedsprüche gefällt wür-

den, die der sozialen Gerechtigkeit nicht entsprächen. Im anderen Falle hätte sich der schwere Lohnkampf im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau vermeiden lassen. Das Verlangen der Schlichtungsstellen zwingt die Arbeiter geradezu zum Streik.

Abg. Frau Dr. Behm (Dtn.) begrüßt den Referenten-Entwurf, der im Hausarbeitsgesetz von 1928 einige Mängel im Verfahren beseitigen wollte. Um so unerfreulicher sei die Haltung der Arbeitgeber in einer Konferenz gewesen, die sich mit dem Referentenentwurf beschäftigte. Wenn Heimarbeiterrinnen in der Textilindustrie noch ein Stundenlohn von 5 Pfennig gezahlt wird, dann sei das ein unentbehrlicher Zustand.

Abg. Dr. Pfeffer (D. Vp.) tritt den Ausführungen des Abgeordneten Janßen über das Schlichtungswesen entgegen. Eine Verbindlichkeitsklärung von Schiedsprüchen sollte nur eintreten, wenn es sich um Rückstände oder um die Weiterführung lebenswichtiger Betriebe handelt. Die Statistik sei in diesen Dingen nicht überzeugend; praktisch scheine die Zahl der Verbindlichkeitsklärungen im Wachsen zu sein. Die Stellung der Arbeitgeber sei im Schlichtungswesen weit ungünstiger als die der Arbeiter.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns

erklärt, das Bergarbeiter-Schutzgesetz sei im Ministerium fertiggestellt, aber es sollte im Zusammenhang mit dem großen Arbeitszeitgesetz, das jetzt noch den Reichsrat und den Reichswirtschaftsrat beschäftigt, erledigt werden. Ob der Reichstag noch in der Lage sein werde, es zu verabschieden, sei freilich eine andere Frage. (Rufe links: „Sie müssen es ja wissen!“) Die Frage, ob wir in den mitteldeutschen Metallarbeiterstreik eingreifen sollen, ist Gegenstand unserer Aufmerksamkeit. Ich kann aber jetzt schon erklären, daß ich das Vorgehen der Metallindustrie dort für außerordentlich bedenklich halte. Solche Sympathie-Ausprägungen können als Folge die umfangreichsten Sympathiestreiks im Bergbau und anderen Gewerben haben. Ein Anwachen der Verbindlichkeitsklärungen sei nicht festzustellen. Die freiwillige Vereinarbeitung der Parteien sei besser als ein Schiedspruch; aber dazu gehöre der gute Wille beider Teile.





## Ein Haus der Zukunft

Auf dem Wege, den der Schnellzug München-Berlin über den Thüringer Wald nimmt, hart vor der Wasserscheide, wo die Gewässer anfangen nach dem Main hinunterzuströmen, hart auch an der Grenze, wo die Grenzpfähle einem erzählen, daß man ins „Königreich Bayern“ hinüberwechselt aus unserm immerhin ein bißchen schwarzrotgold gefärbten Norden — es hat nichts geschöft, daß man Beschwerde führte, und daß ein paar handfeste Republikaner die königlichen Grenzpfähle ausrissen; sie sind immer wieder, nun erst recht, eingepflanzt worden —, in diesem schönen Winkel des wunderlichen Deutschlands also liegt die Stadt Probstzella.

Sie hat nicht gar viel Besonderes: eine Eisenbahnstation, die Knotenpunkt von zwei Bahnlinien ist, Schieferbrüche, in denen die Arbeiter unter ganz besonders üblen Bedingungen arbeiten,

den es verstehen, warum ich dies Haus des Volkes ein Haus der Zukunft nenne.

Sicher sind alle unsere Volks- und Gewerkschaftshäuser solche Häuser der Zukunft, einer zukünftigen Gemeinschaft, die wir in ihnen erleben, üben und weiter aufbauen sollen. Aber dies Haus ist noch etwas mehr. Was uns Frauen immer wieder so jämmerlich an der Gemeinschaftsarbeit und am Gemeinschaftsleben hindert, das ist unsere Hausarbeit, dieser immer wiederkehrende, zermürbende Kampf mit den unquemen, unvernünftigen Einrichtungen unserer Wohnungen und Häuser. Wir kämpfen dagegen an und suchen nach Besseren. Aber wo es finden? Für alle Betriebe gibt es Laboratorien und Versuchsanstalten, wo man die praktischsten zeit- und kraftsparenden Arbeitsverfahren ausfindig macht. Für den Haushalt lohnte sich das bisher nicht. Ausstellungen für Wohn- und Stedlungsbau haben wir freilich genug, und sie sind sicherlich nützlich, aber sie sind in unserer Wirtschaft natürlich Konkurrenz- und Reklameausstellungen. Deshalb steht auf ihnen Praktisches neben Unpraktischem, Wertvolles neben ganz Wertlosem. Sie verwirren. Und sie haben den großen Mangel: sie zeigen, daß man sie nur angucken, aber nicht ausprobieren darf. Einen Kuchen kann man aber nur durch Essen und eine Wohnung nur dadurch erproben, daß man drin wohnt. Und das ist nun das Schöne und Zukunftsvolle und Ueberzeugende am „Haus des Volkes“, daß man da einmal im Leben so wohnt, wie wir Frauen eigentlich wohnen sollten. Daß wir an ihm einmal erleben, wie bequem die Technik unser Leben machen kann — sobald die Herren der Technik nur wollen.

Ich habe einmal eine hübsche Geschichte des englischen Genossen Wells gelesen, der schildert, wie ein paar unserer Zeitgenossen auf eine andere Erde versetzt werden, eine Erde wie die unsere, aber mit einer anderen und besseren — einer sozialistischen Gesellschaftsordnung. Sie kommen abends in ein Gasthaus und sind am Morgen erstaunt, verstorben wie sie sind, keine Dienerschaft zu finden. Aber die ist nicht weg. Ein paar Handgriffe, und das Zimmer ist geputzt, das Bett geordnet, das Bad gespült, und alles so wohnlich, wie man wünschen kann.

In diese Geschichte wurde ich erinnert, als ich im „Haus des Volkes“ anwachte und mein helles Zimmer mit seinen freundlichen Farben sah, in dem sich nur die notwendigen Geräte befanden, aber die so zweckmäßig und hübsch und technisch vollkommen waren, wie man sie heute nur herstellen kann.

Ich habe da gewünscht, alle unsere Genossinnen möchten nach Probstzella kommen und vor allem unsere Jugendlichen, die sich ihre Häuser und ihr Leben noch aufbauen muß, um zu sehen, wie wir leben könnten, um zu sehen, was man uns vorantreibt — weil es unprofitabel ist, solche Wohnungen zu bauen, weil es unprofitabel ist, die Hausfrau von dem Grund irrationaler, technisch rückständiger Arbeit zu befreien.

Das ist eine Hausfrauen- und keine politische Frage? — Ich glaube, der Genosse, der dies Haus baute, seine Kraft, sein Wissen, seine Liebe und sein Vermögen hineinsteckte, der wußte sehr wohl, wie politisch es ist, Arbeiter von allzu schwerem Arbeitsdruck frei zu setzen für die Arbeit an sich selbst, an der Organisation, an der politischen Befreiung. Der Achtstundentag ist eine politische Frage, und die Rationalisierung des Haushalts ist es ebensosehr. Mehr als acht Millionen Frauen in Deutschland sind heute nur Hausfrauen. Dazu kommen die fast anderthalb Millionen weiblichen Hausangestellten und über 4 Millionen, die im Berufs- „mittelebende Familienangehörige“ sind, also Haushalt und Erwerbstätigkeit nebeneinander treiben. Das wäre doch wohl ein hinreichend großes Millionenheer, um deren Entlastung und Befreiung zu kämpfen sich wohl lohnte. Aber neben diesen gibt es dann noch sieben und eine halbe Million erwerbstätiger Frauen, die fast alle, mögen sie nun verheiratet sein oder nicht, die Bürde ihres Haushalts und der veralteten Einrichtungen neben der Erwerbsarbeit schleppen.

Um mehr als 20 Millionen Frauen, um ein Drittel aller Deutschen geht es in diesen Dingen. Darum möchte ich, daß für all diese Millionen Häuser des Volkes in Deutschland errichtet, in denen sie leben könnten, wie leicht und schön und reich unser Leben werden könnte, wenn — nun sagen wir einmal: wenn alle die vielen Millionen, die unser Reichstag gerade in den letzten Wochen den Ruhrindustrialen und der Hoebuschgesellschaft zugesprochen hat, die er für die Konfessionellen Schulen wegwerfen will, und die er sicher wieder für Panzerkreuzer und Munition und Munitionspulver der Reichswehr bewilligen wird — wenn alle die Hunderte von Millionen für Häuser verwendet würden, in denen unsere Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen leben könnten wie im „Haus des Volkes“.

Möglich wäre es längst, wenn wir nur alle erkennen und wollen würden.

Anna Siegfens.



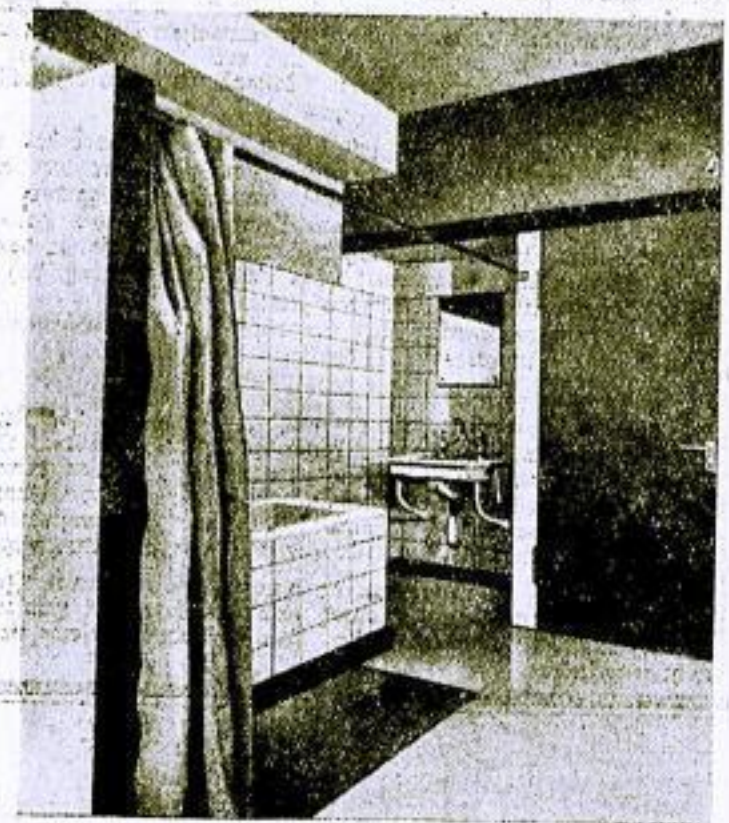
## Wandern und Reisen

### Weißer Sonntag in Thüringen

Unter Regengüssen zogen am Sonntag früh 700 Leipziger zum Hauptbahnhof, um mit St. Adol oder dem schlichten Wanderstocke mittels des Verwaltungs-Sonderzuges nach Thüringen zu fahren. Diese Personenmenge ist die Höchstzahl, die ein Sonderzug, der für jeden Teilnehmer einen Sitzplatz garantiert, befördert. Sie fuhren trotz des heimlichen Regens ab, denn die Sonderzugleitung hatte aus dem hohen Thüringer günstige Weitermeldungen erhalten. Und als die 700 nach vierstündiger Fahrt in Oberhof ausstiegen, fanden sie die herrlichste Winterlandschaft. Anfänglich leichter Schneefall, der dann aufhörte. Verschneite Berge, verschneite Wälder, verschneite Häuser. Ein einziges weißes Märchen. Auf Schneeschuhen und Kodeln geht es in die weiße Welt hinein. Wer kein Sportgerät mit hat, leihst sich für eine Mark welches. Viele wandern auf den mit Schneepflügen ausgehauenen Wegen durch den schweigenden Bergwald, andere schauen auf den Übungspfählen den jungen Skifahrern zu, bei denen man manchmal nicht weiß, ob Bub oder Mädel, denn alles trägt Hosen. Und nicht wenige bewandern an den Sprungschanzen die ausgeklügelten Sportler, die bis zu 40 Meter springen. Aber alle 700 kehren am Abend ausgelüftet und aufgezwickelt zum Sonderzug zurück und werden fast ohne Aufenthalt in die Großstadt zurückgeführt. Keiner, der die tadellos klappende Regie einer solchen Fahrt nicht bewundert und dieser Einrichtung nicht dankbar wäre. Freilich, einen Wirtschaftswagen hat die Bahnverwaltung immer noch nicht eingeführt. Und das hat zur Folge, daß der Bahnhof in Erfurt zu dem Ruhme kommt, der sich Lauscha in ganz Deutschland zu sein. Dort könnte man wissen, daß 700 durstige Leipziger durchkommen, aber man scheint sich grundsätzlich nur auf 20 einzurichten. Denn mehr Tassen Kaffee scheint man dort nicht ausgeben zu wollen. Aber die Thüringer Berge selbst bleiben auch ohne Erfurter Kaffee schön.

Am Sonntag, dem 19. Februar, verkehrt der Verwaltungs-Sonderzug nach Oberhof noch einmal, und zwar mit denselben Fahrzeiten und Fahrpreisen wie der am 12. Februar, also ab Leipzig-Hauptbahnhof 5,29 Uhr, Fahrpreis hin und zurück 7,50 Mk.

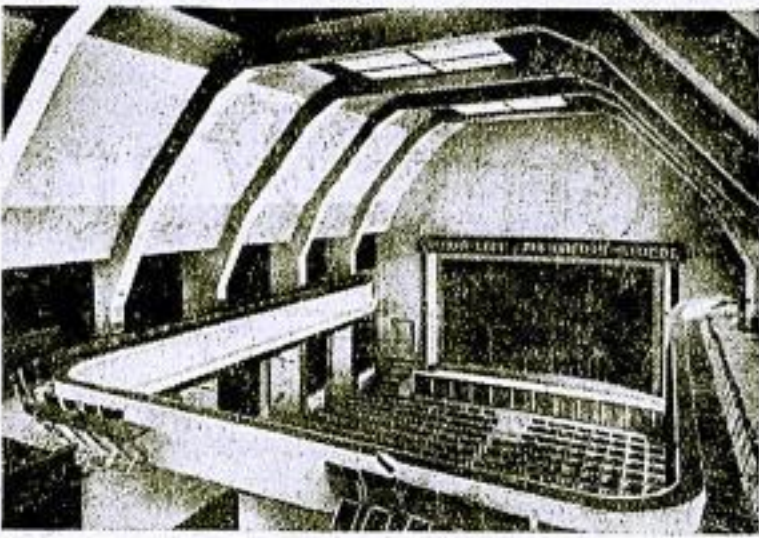
—1—



Puppenfabriken, Tannenwald auf den Bergen, Bergwasser im Tal — und seit einem Jahr etwa hat sie das „Haus des Volkes“. Was ist das „Haus des Volkes“? Zunächst ist es nur einfach ein Hotel, ein modernes Hotel mit allen „Erzengenschaften der Neuzeit“, die da jedermann zu einem erstaunlich billigen Preise genießen kann. Wofür ich im Berliner Hotel Excelsior so zwischen 12 und 20 Mark zu zahlen hätte — wenn ich sie zahlen könnte —, Zentralheizung und fließendes Warmwasser, Zimmertelephon und Bad, da zahle ich hier samt Frühstück 3,75 bis 4,50 Mark. Und das ist schon recht demutenswert und erstrecklich.

Aber dieses Hotel ist Hotel nur sozusagen nebenbei, nicht anders als unsere Gewerkschaftshäuser. Es ist vor allem, wie sein Name sagt Haus des Volkes, des arbeitenden Volkes. Darum hat es ganz oben im höchsten Stockwerk seinen Versammlungs- und Fest- und Bühnensaal, in dem die Freie Volksbühne daheim ist und aus allen Nachbarorten in der Runde ihre Leute sammelt, und in dem auch die größten nationalen und internationalen Kongresse tagen könnten.

Für die kleineren Kongresse und Kurse und Arbeitsgemeinschaften gibt's weiter unten Versammlungs-, Arbeits- und Rezejimmer, und eine Menge Genossen und Genossinnen kennen sie schon von Frauen-, Kinderfreunde- und Bildungskursen her. Und diese Genossinnen vor allem wer-



## Die Geburtsstunde des Friedens

Roman von Henry Boukaille.

Copyright by Paul Jolmay Verlag, Wien.

Über niemand ist seiner sicher, das Leben spielt mit den Menschen mehr, als sie mit ihm spielen. Jeanne hatte ohne Zufall gerechnet... ohne daß X, die unbekannte Größe, die plötzlich die ganze Kontraktion umwirft, und wäre sie noch so kunstreich erdacht. Denn es war nicht ohne Wagnis gewesen. Herr und Frau Matignon hatten ihr Alter, ohne den geringsten Argwohn, Briefe des Schwiegerjohnes übergeben. Sehr diskret, hatten sie sich niemals nach dem Inhalt erkundigt.

Jeanne, die lästige Fragen fürchtete, hatte irgendwelche Erläuterungen gegeben. Innerlich lächelte sie über das ihr geschenkte Vertrauen... Wenn sie wüßten!

Bloweifen aber überstelt sie heftige Angst. Sie beruhigte sich jedoch rasch wieder. Nein! Sie ahnten nichts.

Nun geschah es aber, daß eines Tages ein Brief aufgefunden wurde. Oh, nicht in böser Absicht! Jeanne hatte sich an einem Theaterabend erkället und mußte das Bett hüten. Es war ihr nicht möglich, ihren Gatten zu bitten, ihr nicht zu schreiben. Sie lag in heftigem Fieber und vergaß alles um sich her.

Magnus' Brief hatte die Mutter in einen Keinen Almanach gelegt, sie achtete das Briefgeheimnis zwei volle Tage. Jedoch von Zeit zu Zeit zog es sie unwillkürlich in die Nähe dieses Schreibens.

„Ich kenne diese Schrift... Ja, ich kenne sie, aber woher?“ Was sie vor allem beunruhigte, war der Poststempel, dieser Stempel aus einem Ort von Paris. „Wir kennen dort niemanden. Wer kann Jeanne von dort schreiben?“

Schon mehrere Male hatte diese Schrift sie unruhig gemacht. „Das ist Hedwig Clarie... eine Kundin von uns... sie hat ein bißchen burleske Manieren, sie ist eine reiche Engländerin...“ hatte Jeanne gesagt.

Frau Matignon glaubte an das Vorhandensein dieser Freundin ihrer Tochter. Warum hätte sie nicht daran glauben sollen? Sie hatte keinen Grund, ihrer Tochter zu mißtrauen. Jedoch, wenn sie den Brief in ihre Hand nahm, schämte sie sich ein wenig ihrer Neugierde... Das Lesen würde sie auch nicht weiter bringen, sagte

sie sich, die Gesichtszüge der Engländerin würden sich dadurch auch nicht deutlicher zeigen, nicht wahr? Aber eine Furcht streifte sie: war diese Engländerin mit den burlesken Manieren nicht vielleicht eine gefährliche Fremdbin?

Und diese Angst setzte sich in der armen Frau so fest, daß sie es nicht mehr ertragen konnte. Am dritten Tage beschloß sie, den Brief zu öffnen. Der Vater würde vielleicht böse werden, aber wie könnte er ernsthaft böse werden über die Neugierde einer Mutter — erstens sind alle Frauen neugierig — und in diesem besonderen Falle machte sie sich keiner Indiskretion schuldig. Jede Mutter, die eine Tochter besitzt, hätte ebenso gehandelt.

Wie groß war nun ihr Erstaunen! Gleich die Ueberschrift: „Mein Liebling!“... Sie dachte: „Das ist schon erst!“ Dann der Brief:

„Endlich bin ich aus aller Verlegenheit heraus. Wir haben eben einen vierzehntägigen Streik gehabt, aber davon habe ich Dir vielleicht schon in meinem letzten Brief erzählt. Ich sagte Dir wohl auch, daß der Direktor mir den Vertrauensposten übertragen hat, den er mir versprochen hatte. Es geht alles sehr gut, ich stehe jetzt einer Fabrikationsabteilung vor.“

Es ist natürlich nur ein kleiner Posten, wenn man nach der Zahl der Leute urteilt, die ich unter mir habe: drei Männer und drei Frauen. Auf anderen Posten beschäftigt man zwanzig bis dreißig Personen.“

Als die Mutter mit der ersten Seite zu Ende war, übersprang sie die beiden mittleren, ihre Anruhe nahm nun schon eine bestimmte Richtung. Diese Schrift!... Das war die des Schwiegerjohnes!

Die vierte Seite bestätigte ihr ihre Vermutung. Sehr deutlich, deutlicher als alles andere, stand da die Unterschrift, Vorname und Familienname: Louis Magnus.

Wesentlich wurde ihr Blick, ehe sie ihre Lektüre, wie gewöhnlich, auf der zweiten Seite wieder aufnahm, von einem Blick über der Unterschrift angezogen:

„Wie verabschiedet, wirst Du, wenn Du willst, auch in den Kasten eintreten. Als Packerin, bei der Post-Versandabteilung. Das ist ein besonders guter Posten, und die Werksmeisterin hat ihn mir zugelangt. Ich erwarnte mit „Angebild.“ den 15. Juni... mit „Angebild.“ mit „Angebild.“

Dieses Wort „Angebild.“, das in zwei Zeilen dreimal wiederholt war, brachte die arme Mutter ganz außer Fassung. Es sagte ihr klar, wie weit die Dinge gediehen waren. Ach, dieser Louis, dieser gräßliche Kerl! Nicht genug, daß er vor der Heirat ihre Ehre bloßgestellt und fast unmittelbar nachher das Gesicht der Leute erregt hatte!... Dann war der Krieg gekommen, die Scheidung war nicht eingereicht worden, und Jeanne war zugleich Witwe und Gattin... Aber Jeanne... woran dachte Jeanne? Sie stand also mit ihm in Verbindung... da war etwas Unlauberes dabei. Ein Geheimnis... Sie konnte nicht klar sehen. Hatte sie einander oft geschrieben? Niemand hatte Jeanne ein Wortchen davon gesagt. Hatten sie sich wiedergesehen? Wie hatte Jeanne von ihrem Manne gesprochen, seit sie ihn verlassen hatte. Sie hatte auch niemals gewollt, daß man ihr von ihm spräche. Und nun tauchte das, was man für tot gehalten, dieser Alpdruck, wieder auf, nahm Besitz von ihren Gedanken, und der Kampf erwies sich als unausweichlich.

Ganz einwandfrei ergab sich die Mißschuld jener, die sich gerechterweise am meisten hätte fernhalten müssen. „Großer Gott, warum hat Jeanne niemals offen von alledem gesprochen, was zwischen ihr und ihrem Manne vorgefiel? Liebt sie ihn so sehr? Warum hatte sie ihn dann verlassen, warum hatte sie die Mißachtung ihrer früheren Fremdbinnen auf sich genommen, als sie zu ihrer Familie zurückgekehrt war, nachdem sie ein eigenes Heim gehabt hatte?“

War es der Krieg, der, anstatt die Trennung zu bekräftigen, sie auf den Weg der Veröhnung geführt hatte? Und plötzlich bekam sie einen großen Schreck. Dieser Brief kam sicherlich zu spät, aber vielleicht konnte man die Kleine noch zur Ueberlegung bringen. Und wenn man daran dachte, daß dieser Brief, wie die früheren, die drei, die jezt oder vielleicht die hundert früheren Briefe... wenn man daran dachte, daß dieser verwünschte Brief an die Adressatin hätte gelangen können, ohne daß Vater oder Mutter etwas von seinem Inhalt erfahren hätten... Dann wäre also ihre Tochter auf und davon, fort, ohne vielleicht das geringste zu sagen? Hätte Jeanne so beschafft sein können?... Nein, sie wollte das nicht glauben... Sie hätte sie davon benachrichtigt, hätte ein paar Zeilen hinterlassen, aber das wäre zu spät gewesen!

(Fortsetzung folgt.)



# Sächsische Angelegenheiten

## Ehe- und Sexualreform

Am Himmel unserer konfessionellen Zeitgenossen geschehen, man staune und schweige, noch Wunder. Das „konfessionelle“ Parlament, das englische Oberhaus, hat vor nicht zu langer Zeit einen Antrag angenommen, der das Verbot aufhebt, das sozialen Beratungsstellen unterlagte, verheirateten Frauen Aufklärung über die besten Mittel zur Geburtenverhütung zu geben. Das kann auch nur im Zustand passiver! Unsere Diebards aller Parlamente hüten sich ängstlich, auch nur mit der leisesten Wendung dem Anschein einer sozialen Anwendung ausgelegt zu werden, obwohl jeder von der Wucht der Tatsachen erdrückt werden müßte. Ein Blick auf die ungeheure Fülle von Eizid in dem durch niedrigere Reallohne, längere Arbeitszeit und größere Frauenarbeit „ausgezeichneten“ Deutschland beweist, daß noch weit mehr als in England in Deutschland alles zur entscheidenden Umkehr drängt. Dafür liefert auch die Denkschrift zur Verwaltungsreform, die zu Weihnachten dem sächsischen Landtag vorgelegt worden ist, durchschlagende Beispiele. Das Untersuchungsergebnis über die Ehe- und Sexualverhältnisse der arbeitenden Bevölkerung ist erschütternd. Sowie dafür oder dagegen geredet worden ist, hier stehen Tatsachen vor uns, die die Diskussion auf eine andere Basis stellen müssen.

Ein kennzeichnendes Schlaglicht auf das Verhältnis von Kinderzahl und sozialer Lage wirft die in der Denkschrift angeführte Tatsache, daß bei den Arbeitern jedes fünfte Kind, bei den sozial besser Gestellten erst jedes zwanzigste Kind stirbt. Je weiter man die gesellschaftliche Stufenleiter hinaufsteigt zu dem weitläufig überwiegenden Gros der Bevölkerung, um so dichter wird das Gestrüpp von sozialen, wirtschaftlichen und gesundheitlichen Nöten um jeden einzelnen. Eine erst 30 Jahre alte Mauerwerkfrau, die mit dem arbeitslosen Mann und 11 Kindern in Schwerter Not leidet, hat kürzlich ihr eben geborenes 12. Kind getötet. Das ist eine der ewig wiederkehrenden Tragödien aus dieser Region unserer vortrefflichen Gesellschaftsordnung. Man hat die Frau von ihren 11 Kindern weggerissen und für 1 1/2 Jahr ins Gefängnis geschickt. Das war die einzige Antwort, die man darauf fand.

In dieser Not gefiel sich das fürchterliche Elend der Abtreibungen. Professor Galemst, eine anerkannte Autorität, gibt an, daß in Deutschland jährlich 5-600 000 Abtreibungen vorgenommen werden, an deren Folgen mindestens 5-6000 Frauen jährlich sterben. Andere Schätzungen gehen noch viel höher. Dabei ist erwiesen, daß die Todesfälle infolge der meist durch Abtreibung bedingten Fehlgeburten gerade ältere Frauen (zwischen 30 und 40 Jahren) weit häufiger treffen als jüngere. Der Grund, so urteilen die Fachleute, liegt in dem Umstand, daß ältere Frauen keine Kinder mehr haben wollen, die sie doch nicht ernähren können. Die übrigen Kinder verlieren also auf furchtbare Art die Mutter. Allerdings alles mit Unterschieden! Privatmitteln für die, die es sich leisten können, und Kurpfuscherei für die, die der Krankenassistenten abweisen muß, das sind doch eben Unterschiede, nicht wahr? Und wenn der Tod bei den anderen nicht kommt, dann ist es ewiges Siechtum und Vernichtung der Arbeitskraft. Darüber gibt es keine Zahlen, die Legionen kranker Frauen bleiben im Verborgenen, diesem Dasein fluchend, das ihnen keinen Schutz gibt.

Schuh? Von wem? Etwas von der glorreichen Hiltlerin des § 218, unserer Rechtsprechung? Das Reichsgericht hat kürzlich erst die Revision eines Urteils auf Gefängnisstrafe gegen zwei Krankenassistenten verworfen, die ohne jede Vergütung an Arbeiterfrauen Eingriffe vorgenommen hatten, weil sie deren Elend nicht mehr mit ansehen konnten. Dasselbe Reichsgericht erklärt die Unpreisung empfängnisverhütender Mittel und deren Gebrauch, auch in der Ehe (!) als „unzüchtige Handlung“. Kommentar erübrigt sich, es wird sanft und plantlos weiter fortgesetzt. Oder Schuh von der Kirche? Dort gilt der probate Grundgedanke der radikalen Entlassung, der nicht wert ist, daß man über ihn distanzieren. Daß man überhaupt

die Kirche zur Sexualberatung mit heranziehen will, ist ein Widerspruch in sich, der wieder droht, das ganze Reformwerk nicht über unflare Halbheiten hinauszuweisen zu lassen.

Alle wertvollen Ansätze zur Reform der geschlechtlichen Verhältnisse sind, wie immer, von außen her gekommen. Wie bei der Reform zum Strafrecht überhaupt, so will man auch hier das Schwergewicht auf die Vorbeugung legen. Zwei Richtungen stehen sich gegenüber. Die eine will den Beratungsstellen nur erbbiologisch-medizinische Aufgaben zuweisen, d. h. lediglich Feststellung der „Ehe-eignung“ auf Grund der Erfahrungen der Vererbungswissenschaft. Das soziale Moment wird bei dieser „Rassenpflege“ kaum oder gar nicht berücksichtigt. Die andere Richtung, eingeleitet von der sozialistischen Frauenbewegung, erstrebt die erweiterte Ehe- und Sexualberatung mit dem Endziel einer sachlich begründeten Geburtenregelung. Denn alles bleibt halbe Wahrheit, solange nicht den vom Elend bedrängten Frauen in sachlicher Beratung die Mittel der Geburtenverhütung gezeigt werden. Die Aufklärungsarbeit darf in keinem Falle die bekannte Tendenz jener moralisch-sozial gebärdenden Dummköpfe weiter in sich tragen, die schweigt, wo sie reden müßte oder Ratsschläge gibt, die der jetzigen Lage des Proletariats Hohn sprechen und nur Abschleifen oder um so tiefere Verwerfung wecken. Diese Methode der Beratung vermag nicht um einen Deut das grausamste Mittel der Geburtenverhinderung, die Abtreibung, zahlenmäßig zu mindern. Mit Werblättern, wie das im Reich und in Preußen geschieht, oder mit Gesundheitszeugnissen, wie bisher in Sachsen, dringt man nicht bis zu den Keimen des Elends vor. Die gewaltige Zahl der arbeitenden Frauen in Sachsen, die gleichzeitig von größter Bevölkerungsdränge und Wohnungsnot, die außerordentlich rasch gestiegene Kurve von Todesfällen und schwerem Siechtum als Folgen von Kindbettfieber, geben die ersten Warnungssignale, daß der bisher eingeschlagene Weg falsch ist. So bedeutet die von der sozialdemokratischen Fraktion eingeleitete, von ersten Sachautoritäten begutachtete Denkschrift den ersten Schritt zu einer hoffentlich bald vollen Wende.

Im Nachschuß für Mutterchutz, Säuglings- und Kleinkindfürsorge ist von einer (allerdings unverheirateten und aus sehr beklaglichen Wohnungsverhältnissen kommenden) Vertreterin der Inneren Mission das große Wort von der „Ehrit“ und „Moral“ gesprochen worden, ohne allerdings bemerkenswerten Widerspruch zu finden; dafür waren die aufgedeckten Zustände zu erdrückend. Bei den Beratungen über die Richtlinien für die Bezirksfürsorgeverbände möge man aber diese Einstellung wie auch den bisherigen Widerstand dieser Kreise besonders im Auge behalten und dafür sorgen, daß nicht durch zu weitgehende Konzessionen an die freie Wohlfahrtspflege das ganze Reformwerk wieder auf halbem Wege stehen bleibt.

## „Innerer Drang für deutschnationalen Gemeinwohl“

In Freiberg wird jeh folgender, für die bürgerliche Einstellung äußerst bezeichnender Fall viel und lebhaft debattiert:

Vor Jahresfrist wurde durch beinahe einmütigen Beschluß des Stadtverordnetenkollegiums — nur Kommunisten und Deutsch-nationale waren dagegen — der deutschnationalen „Partei“, Rechtsanwalt Dr. Kanitz, auf ein Vierteljahr von allen Stadtverordnetenstellungen ausgeschlossen, weil er in einem großen bürgerlichen Vereinige Kollegiumsmitglied dadurch politisch diskreditieren und geschäftlich schädigen konnte, daß er dort bei Besetzung von Vereinsämtern die „vaterländische“ Gesinnung von Vereinsmitgliedern anzeigte, die bisher Vereinsämter inne hatten. Ihr Verbrechen bestand darin, daß sie als Stadtverordnete im Wahl-ausschusse für einen sozialdemokratischen zweiten Stadtverordneten-vorstandes gestimmt hatten. Herrn Dr. Kanitz, der dem Ausschuss gar nicht einmal angehört, hatten Freunde von diesem Beschluß benachrichtigt. Und auf seine sonst leerlaufende deutschnationalen Mühe war das Wasser.

Das Kollegium sah in Dr. Kanitz' Vorgehen einen großlichen

Vertrauensbruch und blieb, trotz mancher Warnung, guten Glaubens auch dabei, als dieser die Entscheidung der verwaltungsgerichtlichen Instanzen antrieb. Die Kreishauptmannschaft entschied: Da Herr Dr. Kanitz dem fraglichen Ausschuss nicht angehört, ist die Schweigepflicht durch ihn nicht verletzt worden; die Stadtverordneten werden verdonnert. Das Urteil selbst sagt Herrn Dr. Kanitz über die „Moral“ der Geschichte allerdings nur wenig Schmeichelhaftes. Aber ihm genügt sein „Sieg“, er setzt sich aufs hohe Pferd.

Ja, „mein Wohl geht über dein Wohl“. Die Kreishauptmannschaft lehnte den „Streitwert“, nach dem die Kosten, z. B. auch die für die Rechtsanwälte sich berechnen, nicht gleich ist. Herr Rechtsanwalt und Stadtverordneter Dr. Kanitz, der sich natürlich selbst vertrat (und dafür auch das Honorar berechnet) beantragte — selbstlos, auf die öffentlichen Finanzen Rücksicht nehmend, ideal schimmend, wie sie alle! — Festsetzung des Streitwertes auf 50 000 Mark, während der juristische Vertreter der Stadt in diesem Rechtszuge, Herr Dr. Kohnmann, Dresden, die Höhe von 2000 Mark für ausreichend erachtete, und die Kreishauptmannschaft, von der Stadt angerufen, den Mittelwert von 5000 Mark vorschlug. Daß Herr Dr. Kanitz jeh, wohl sanft genötigt durch seine Parteifreunde, „auslärt“, „der Höchststrafe des Kollegiums habe er die Höchstforderung entgegen-gestellt“ usw., illustriert den deutschnationalen „Gemeinderetter“ nur noch besser. Die Stadt „hat's ja“. Herr Dr. Kanitz ist aber auch nicht verlegen um einen Vorschlag: Man könne ja der Stadt die Kosten ersparen, wenn man den Stadtverordneten, die seinerzeit für seinen Ausschluß stimmten, die Aufwandsentschädigung bis zu seiner eoll. Zahlung sperre!

Es redet eben hier alles für sich. Aber es ist allem Anschein nach eine Lust, für einen gewissen Knaben, an der Quelle zu sitzen.

Ein erbitterter Feind der Arbeiter gestorben. Major Rudolf Uth, zuletzt Kommandeur einer Abteilung des sächs. Artillerieregiments Nr. 4 in Dresden, vorherer Abteilungsleiter im Truppenamt (Heeresausbildungsabteilung), und vormdem lange Jahre 1. Generalstabsadjutant der 4. Division und Adjutant des Erb-liechverungslieutenants Generals Müller, ist am 3. Februar plötzlich an einem Herzschlag in Dresden gestorben. Major Uth war in hohem Maße mitverantwortlich für die Taten der 1923 in Sachsen operierenden Reichswehr; er war auch an der Gründung des „Volksposters“ beteiligt, jener von dem berichtigten Dr. Meißner er aufgezogenen Schweinbeleggesellschaft, in der Meißner die zur Vinderung der Volksnot mühsam gesammelten Gelder für wüste Vorbekorgien usw. verschleuderte. Uth war der Mann, der den General Müller zu den unerhörten Maßnahmen gegen die sächsische Arbeiterchaft veranlaßte.

Hindenburg, der Retter, soll helfen. Die Kauferei der Koalitions-partei im Reich über das Reichsschulgesetz hat den evan-gelisch-lutherischen Landesoberkirchen veranlaßt, folgendes Telegramm an Hindenburg zu senden: „Sachsen christliches Haus erbittet von Ew. Exzellenz in größter Gemüthsnot Hilfe für das bedrohte Werden des Reichsschulgesetzes und Verhinderung, daß das Gesetz Opfer politischer Parteilichkeiten wird.“

Falls Hindenburg nicht hilft, könnten die frommen Christen doch einmal einen Bittgottesdienst abhalten.

Dresden, Faschingsrummel. In Dresden hat sich ein Komitee zur Durchführung des Faschingsrummels gebildet. Offen-bar ist dieses Komitee bei der Polizei vorstellig geworden, denn das Polizeipräsidium hat die Polizeistunde für die Nacht vom Sonntag, den 19. Februar zum 20. Februar und vom Faschingsdienstag (21. Februar) zum Aschermittwoch auf 3 Uhr morgens festgelegt.

Hundshübel. Drei Häuser niedergebrannt. In der Nacht vom Sonntag zum Montag brannten hier drei Häuser bis auf die Umfassungsmauern nieder. Die Entstehungursache ist noch nicht festgestellt.

# Sonne auf Mazedonien

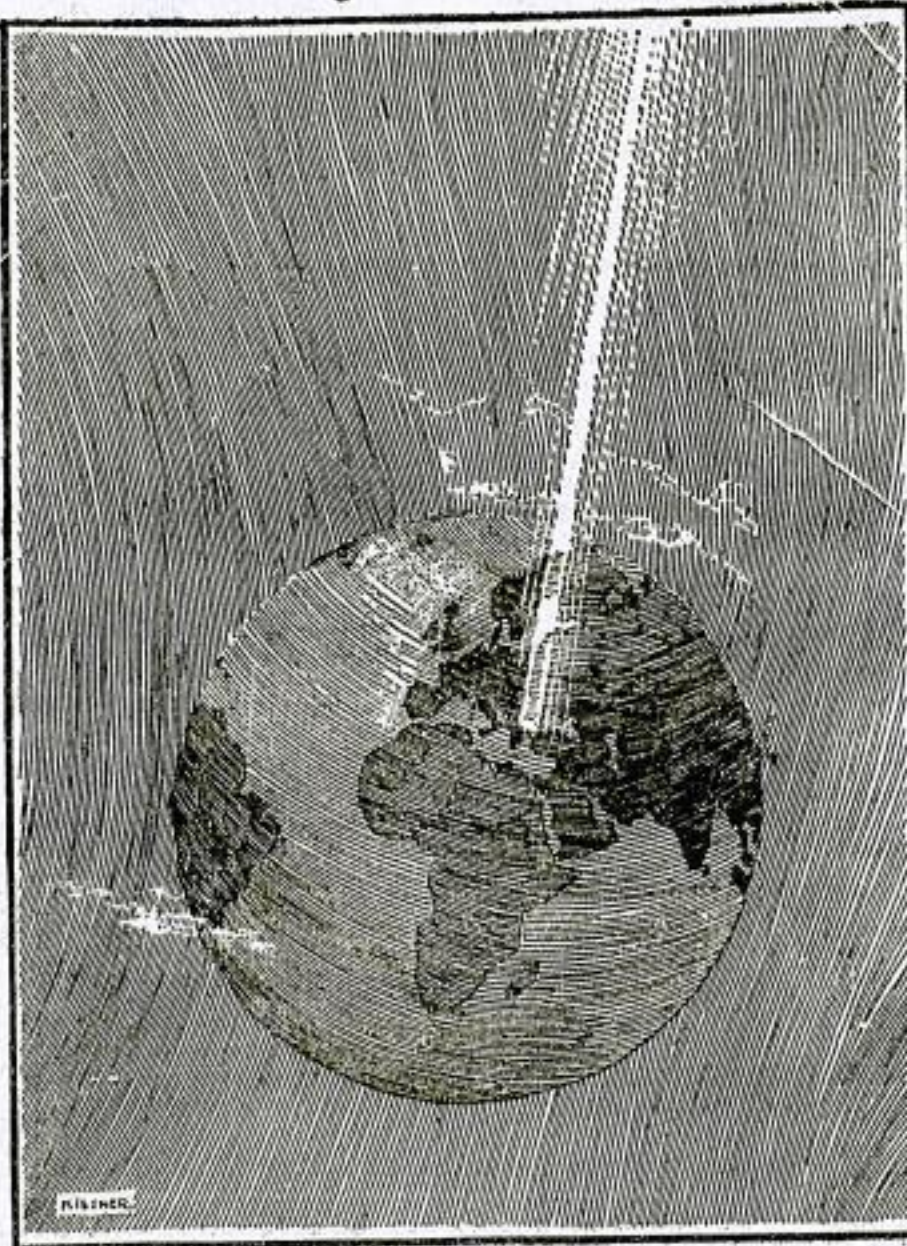


NOCH im Jahre 1897 entfiel auf fünf Zigarren-Raucher nur ein Anhänger der Zigarette. Seitdem hat sich das Verhältnis umgekehrt. Heute übertrifft der Zigarettenverbrauch um das Fünffache den der Zigarre.

Noch hat leider die Kenntnis des Zigarettenrauchers von dem edlen Rohstoff, den er tagtäglich konsumiert, mit dieser Entwicklung nicht Schritt gehalten. — Der Zigarren-Raucher weiss genau, was eine Havanna-Zigarre ist, eine Brasil oder Sumatra, der Zigaretten-Raucher dagegen kennt nur den Sammelnamen Orient.

Im Grunde ist das Wort Orient ein ganz oberflächlicher Begriff. Es bedeutet nichts anderes als der Osten, der jeden Erdbewohner anders liegt. Nur der Europäer versteht darunter das Land zwischen Mittelmeer und dem Indischen Ozean.

Aber dieser Begriff wäre viel zu weit gefasst für das, was man mit dem Namen Orient-Zigarette zu bezeichnen pflegt. Nach den heutigen politischen Grenzen sind es die Länder GRIECHENLAND, TÜRKEI und BULGARIEN, in denen der Orient-Tabak wächst, während Ägypten keinen Tabak hervorbringt. Diese Tabakländer sind jedoch fast dreimal so gross als Deutschland, und es gibt in ihnen unendlich verschiedene Tabaksorten. Die Geschmacksunterschiede sind ungefähr



ebenso gross wie bei den Zigarren-Tabaken, deren Anbau-Länder durch Ozeane voneinander getrennt sind.

Sicher gibt es viele Raucher, die etwas tiefer eindringen möchten in die Kenntnis des Zigaretten-Tabaks. Wir wollen uns dieser Aufgabe gern unterziehen. Wir wollen auch nicht den Fehler machen, Ihnen viele fachmännische Herkunftsbezeichnungen zu nennen, Sie würden sie doch nicht behalten. Wir wollen Ihnen vielmehr nur einige Grundbegriffe vermitteln.

Betrachten Sie deshalb nochmals unser Bild und merken Sie sich heute nur das kleine Fleckchen Erde, das der Sonnenstrahl bescheint: SONNE auf MACEDONIEN. Hier ist das älteste und wichtigste Anbau-Gebiet, welches den edelsten Tabak hervorbringt. Hier wächst der Havanna des Orients.

Unsere Einkäufer sind in diesem Gebiet zu Hause, denn unsere Firma ist seit Jahren der grösste europäische Käufer dieser edlen Ware. Deshalb können wir Ihnen noch einige interessante Kenntnisse von diesem wichtigsten Tabak-Gebiet vermitteln.

Gaus-Neuerburg  
O.H.G.









Eine Lufatatechwindel-Prozess

Erst Verjüngungs-, dann Abführungs-, jetzt diätetisches Nahrungsmittel.

Wie wir durch Wolffs Telegraphenbureau erfahren, hat der Oberstaatsanwalt von Hannover gegen den Fabrikanten der als „Verjüngungsmittel“ angepriesenen Lufatate wegen Betrugs und unlauteren Wettbewerbes Klage erhoben.

„Das Schweizer Gesundheitsamt in Zürich und das Bundesministerium in Wien haben lediglich die Einfuhr als Arzneimittel (Heilmittel) verboten, weil ich nicht damit einverstanden war, den Vertrieb nur auf Apotheken zu beschränken.“

Als diätetisches Nahrungsmittel sei sowohl in Oesterreich als auch in der Schweiz der Vertrieb von Lufatate gestattet. Herr Hiller bestätigt also, daß sowohl die Schweizerischen als auch die österreichischen Gesundheitsbehörden Herrn Hillers Verjüngungschwindel erkannt und daraufhin dafür gesorgt haben, daß die dortige Bevölkerung nicht zu einem Reinfall mit dem „Verjüngungsmittel“, das lediglich als Abführmittel einige ärztliche Anerkennung erntete, auch noch einen Darmschmerz erleidet.

Große Umsatzsteigerung des Konsumvereins

Der Konsumverein Leipzig-Blagwitz und Umgegend erhöhte in den 7 Monaten des Geschäftsjahres 1927/28 seinen Umsatz von 14 643 749,82 Mark um 7 016 827,47 Mark (47,99 Prozent) auf 21 660 577,29 Mark.

Table with 4 columns: Month, 1927 Mark, 1928 Mark, Mehr 1927 Mark. Rows include Juli, August, September, Oktober, November, Dezember, Januar.

Vom Januar-Umsatz entfielen auf die Kolonialwarenabteilung 1 897 760,96 Mark, Fleischeri 550 590,66 Mark, Schnittwaren 467 914,26 Mark.

Die Sparkasse buchte bis Monatsende 584 755,43 Mark Einzahlungen, denen 87 615,11 Mark Rückzahlungen gegenüberstehen.

Die fortwährend zu beobachtende lebhafteste Entwicklung des Konsumvereins Leipzig-Blagwitz sowohl hinsichtlich der Mitgliederzahl als auch der Umsätze und Sparaktivität zeigt deutlich, daß die Leipziger Verbraucher in immer größerem Umfange erkennen, daß die Mitgliedschaft im Konsumverein bedeutende Vorteile bietet.

Erfordernis der Fürsorgeverbände

J. K. Mit müssen die Fürsorgeverbände (in Leipzig das Fürsorgeamt) für den Unterhalt von Personen aufkommen, die Angehörige besitzen, welche imstande wären, für den Unterhalt der Bedürftigen zu sorgen, es aber unterlassen, entweder, weil sie von der Notlage gar keine Kenntnis haben, oder weil sie sich ihren Unterhaltspflichten zu entziehen suchen.

Kellinghusen

Kellinghusen! Wer hat von uns Mitteldeutschen schon einmal etwas von dem Ort gehört? Wer kennt dieses inmitten von Seen und Wäldern, Wiesen und Gärten gelegene Dörfchen, das die Perle Schleswig-Holsteins oder das nordische Thüringen genannt wird?

Diesem weltabgelegenen Winkel hatte sich der Hauptausflug für Arbeiterwohlfahrt ausserwählt, um einen Reichshilfskursus für die mit der örtlichen oder bezirklichen Leitung der Arbeiterwohlfahrt betrauten Genossinnen und Genossen abzuhalten.

Soziale Gerichtshilfe und Straftatklaffenfürsorge.

Das Referat hierüber hatte Regierungsrat Genosse Krebs aus Untermaßfeld bei Meiningen übernommen. Genosse Krebs hatte in seinem Machtbereich bereits die Gefängnismauern niederreißen lassen und ist jetzt dabei, auch die Fenstergitter beseitigen zu lassen.

Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. — Aufbau der Gesundheitsbehörden. — Zusammenarbeiten mit den Jugendämtern und der allgemeinen Wohlfahrtspflege.

Ueber diese wichtigen Fragen referierte Professor Knack aus Hamburg. Er betonte, daß nach neuerlichen Feststellungen ein Drittel aller Straffälligen Paralytiker oder sonst Geschlechtskranke sind. Kann man also diese Krankheit beseitigen oder zumindest verringern, so ist einem Heide des Verbrechertums stark zu Liebe gegangen.

Gemeinschaft mit den örtlichen Pflegämtern bestrbt sein werden, helfend einzugreifen, wo sie es für notwendig halten.

Fürsorgeerziehung.

Zu diesem Thema waren zwei Referenten bestellt. Genosse Kantorowicz aus Kiel behandelte das Problem der Fürsorgeerziehung zu sehr vom reinen Verwaltungskandpunkte aus. Er fand daher lebhaften Widerspruch bei den Hörern.

Die beiden letzten Tage waren verschiedenen Aufgabengebieten gewidmet. Die Schulung unseres Nachwuchses, aber auch der gegenwärtig tätigen Helfer, das Zusammenarbeiten mit Partei und den anderen Arbeiterorganisationen, die Errichtung eigener Heime, die Aufbringung der nötigen Mittel usw., jedes einzelne Arbeitsgebiet rief lebhaftes, manches sogar heftige Ausprechen hervor.

Organisatorisches — Beschäftigungen.

Die beiden letzten Tage waren verschiedenen Aufgabengebieten gewidmet. Die Schulung unseres Nachwuchses, aber auch der gegenwärtig tätigen Helfer, das Zusammenarbeiten mit Partei und den anderen Arbeiterorganisationen, die Errichtung eigener Heime, die Aufbringung der nötigen Mittel usw., jedes einzelne Arbeitsgebiet rief lebhaftes, manches sogar heftige Ausprechen hervor.

Der Ortsausflug für Arbeiterwohlfahrt Altona hatte die Teilnehmer zu einer Beschäftigung verschiedener Wohlfahrtsvereinigungen der Stadt Altona eingeladen. Es war erfreulich festzustellen, daß eine sozialistische Stadtverwaltung mit Unterstützung der Arbeiterwohlfahrt trotz aller Angriffe von links und rechts wohl imstande ist, Großes zu leisten.

Wäre diese Reichshilfskurswoche eine so nachhaltige Wirkung haben, daß bei dem nächsten Zusammensein weitere gute Erfolge aufzuweisen werden können.

Richard Böhrer.

Fürsorgeverbandes erfüllt mit Ablauf von 2 Jahren nach der Entstehung des Anspruchs, es sei denn, daß er vorher rechtskräftig geworden ist, d. h., daß er zuvor eingeklagt worden ist (§ 21 Absatz 1 Satz 2 des Sächsischen Wohlfahrtspflegegesetzes).

Nehmen wir folgendes Beispiel: Frau A hat drei in guten Vermögensverhältnissen lebende Söhne, die sich auswärts aufhalten. Sie verliert über Nacht, etwa durch eine Feuersbrunst, ihr gesamtes Vermögen. Sie bedarf infolgedessen nunmehr der Unterstützung, und zwar mit sofortiger Wirkung. Ihre Söhne sind infolge der räumlichen Entfernung nicht in der Lage, sofort zu helfen.

Bezahlt der Unterhaltspflichtige die bei dem Fürsorgeverband aufgelaufenen Unterhaltungsbeträge nicht freiwillig, so kann der Fürsorgeverband bei der zuständigen Verwaltungsbehörde beantragen, daß er im Verwaltungswege zur Erfüllung seiner Unterhaltspflicht und zum Kostenersatz angehalten wird.

Die toten Karpfen des Rates

Von einem Leser wird uns geschrieben: Wer sich am Sonnabend nach des Tages Laß und Mühe noch einige Zeit an der frischen Luft im Rosental erging, konnte einen nicht alltäglichen Vorgang beobachten. Am Teiche bei Bonorand stand ein Arbeiter der städtischen Gartenverwaltung, mit einem langen Rechen bewaffnet und suchte da ein Rechen kein Fanggerät für lebende Fische, konnte es sich nur um tote Fische handeln.

gelinde Bitterung am Ufer verschwunden und der Arbeiter hatte etwa 50 bis 60 Stück tote Karpfen an Land gebracht. Für den Besitzer des Teiches sicherlich ein großer Verlust.

Wer ist Besitzer? Sollte der Rat der Stadt in Frage kommen, so liegt ein öffentliches Interesse vor, ihn daran zu erinnern, daß er ihm gehörige Volksnahrung besser vor dem Verderben zu schützen hat. Jeder Teichbesitzer wird im Winter bei langanhaltender Kälte Löcher in die Eisdecke haben, um die Fische vor dem Erfrieren zu schützen. Das läßt sich auch ohne weiteres dort ermöglichen, wo die Eisfläche als Schlittschuhbahn benutzt wird, indem die Löcher mit einem Schuh versehen werden, der die Benutzer der Eisbahn vor dem Einbrechen bewahrt.

Zwei Fahrstuhlunfälle

Am Montag, in der 11. Stunde, war eine 53 Jahre alte Aufwärtlerin mit Reinigungsarbeiten im Mineralogischen Institut, Talstraße 38, beschäftigt. Hierbei hat sie vom 2. Stock aus den Fahrstuhl nach dem Erdgeschoß benutzen wollen.

Am gleichen Tage, gegen 8 Uhr, ist im Grundstück Poststraße 7 der 36 Jahre alte Markthelfer Erich D. von einem herabfallenden Fahrstuhl vor Wareneinführung mit Handseilbedienung schwer verletzt worden. Ein anderer Angehöriger hat den Fahrstuhl mit dem Handseil von oben nach unten befördern wollen. Durch eine eintretende Störung, deren Ursache bis jetzt noch nicht ermittelt wurde, gelang ihm dies nicht.

Öffentliche Sitzung der Stadtverordneten Mittwoh, 18 Uhr, im Stadtverordneten-Sitzungsaal, Neues Rathaus. Tagesordnung: 1. a) Angelegenheiten des Johannishospitals, b) Ausbau der Geflügelstern im Tagesheim für berufliche Erziehung, c) Beschäftigung neuer Räume für das Krüppelheim Humanitas (Antrag), d) Arbeitsmöglichkeiten und Erholungsmöglichkeiten für beschäftigungslose Jugendliche, e) Einrichtung einer Eheberatungsstelle. 2. a) Neubau der Speiseanstalt, b) Schulbauten und -instandsetzungen, c) Bebauung von Leipzig-Gohlis-Südwest und Leipzig-Mittstadt-Ännere, Südvorstadt, d) Straßenreinigung und Schneebeseitigung.







## Achtung, Holzarbeiter!

Unter dem Deckmantel „Die Opposition“ verbreiten unsere APD-Männer Flugblätter in den Betrieben, in welchen in verletzener Weise die Tätigkeit der bisherigen Leitenden Ortsverwaltung und des Vorstands herabgesetzt wird. Offensichtlich wollen die Habsburger wie im vergangenen Jahre eine ordnungsgemäße Erledigung der Tagesordnung der Generalversammlung am Mittwoch, dem 15. Februar, verhindern. Es ist daher Aufgabe aller Mitglieder, welche nicht gewillt sind, unsere Versammlungen zum Zusammenstoß kommunistischer Schreier werden zu lassen, in der Versammlung zu erscheinen und etwaige Sabotageversuche der Moskauer Heiden energisch zurückzuweisen. Mitglieder, erscheint deshalb in Massen und bekennt, daß ihr nicht gewillt seid, eure Organisation von solchen Elementen zerfallen zu lassen.

## Der Streik in Böhmen

EPD Prag, 14. Februar. (Radio.)

Der für Montag angekündigte Streik der böhmischen Bergarbeiter wurde bis Montagabend vollkommen durchgeföhrt. Auf allen Gruben werden gemäß den Anordnungen der Streikleitung Notstandsarbeiten verrichtet. Da an dem Streik 30 000 Bergarbeiter beteiligt sind, werden von ihm praktisch — wenn man die Familienangehörigen nicht einrechnet — mehr als 150 000 Menschen betroffen. Die Regierung hat trotzdem bisher noch keine Anstalten zur Vermittlung getroffen. Es ist anzunehmen, daß sich der Streik auch auf das Ostkarminer-Revier ausdehnt und dadurch die Zahl der Streikenden noch wesentlich erhöht wird.

## Leichter Rückgang der Arbeitslosigkeit

In der Zeit vom 15. bis 31. Januar ist die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung von 1 371 000 auf 1 333 000 oder um 2,8 v. H. zurückgegangen. Stärker ist der Rückgang in der Krisenfürsorge. Hier ist die Gesamtzahl der Hauptunterstützungsempfänger von rund 228 000 auf 215 000, das ist um 5,9 v. H. zurückgegangen. Die Zahl der Notstandsarbeiter in der Arbeitslosenversicherung und in der Krisenfürsorge zusammen ist im Zusammenhang mit der milden Witterung von rund 31 000 auf 47 000 gestiegen.

## Lohnbewegung der Fabrikarbeiter

EPD Köln, 18. Februar.

In einer vom Fabrikarbeiterverband einberufenen Konferenz wurden die örtlichen Tarifinstanzen der einzelnen Sektionen beauftragt, unverzüglich die Tarifkommissionen einzuberufen und sich mit der Kündigung der Lohnverträge zu beschäftigen. Es kommen in Betracht: die Sektionen Ludwigshafen, Frankfurt a. M., Köln-Stadt und -Land, Elberfeld, Essen, Hamburg und Mitteldeutschland. Insgesamt sind in diesen Sektionen über 100 000 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt. Die Christlichen Gewerkschaften haben sich diesem Vorgehen angeschlossen.

Für die Berliner Werkzeugmacher fanden vor dem Schlichtungsausschuß Groß-Berlin unter Vorsitz von Gewerbetat Rörner erneut Verhandlungen über die Lohn- und Tarifforderungen statt. Die Besprechungen führten wiederum zu keinem Ergebnis, da Gewerbetat Rörner sich nicht für geraten hielt, einen Schiedsspruch zu fällen. Er gab vielmehr beiden Parteien den Rat, daß diese Fragen in den einzelnen Betrieben zwischen den Belegschaften und den Werkleitungen selbst geregelt werden sollten.

Der Breslauer Zeitungstreik. Die Breslauer Neuesten Nachrichten teilen mit: Das aus Prinzipal- und Gehilfenvertretern zusammengesetzte Schiedsamt hat die Arbeitsniederlegung der Gehilfen der Breslauer Neuesten Nachrichten als tarifwidrig bezeichnet. Dieser Beschluß wurde einstimmig gefaßt.

Der Reichswirtschaftskongress hat sowohl die auf eine Zwangswirtschaft im Zigarettengewerbe als auch auf eine Verstaatlichung des Reichsfinanzministeriums zur Ergreifung von Sondermaßnahmen gegen einzelne Betriebe hinauslaufenden Anträge des Reichsfinanzministeriums sowie verschiedener interessierter Verbände mit erdrückender Mehrheit abgelehnt. Dagegen fand die Forderung auf Abbau der Steuerkredite Annahme. Unter den gegenwärtigen Umständen kann es als ausgeschlossen angesehen werden, daß sich der Reichstag jetzt noch mit der Zigarettensteuerfrage befassen wird. (U.)

Die deutsch-russischen Wirtschaftsverhandlungen sind am Sonntag in Auswärtigen Amt in Berlin eröffnet worden. Auf deutscher Seite werden die Besprechungen von Beamten der Abteilung und der Wirtschaftsabteilung des Auswärtigen Amtes unter Zugleichung von Vertretern des Reichswirtschaftsministeriums und der an dem russischen Geschäft interessierten Industrie, auf sowjetrussischer Seite von Vertretern der Sowjetvolkswirtschaft und ihrer Handelsvertretung sowie des Volkswirtschaftsministeriums für Handel in Moskau geführt. Mit einer längeren Dauer der Besprechungen muß gerechnet werden.

# Kartellkosten und Rationalisierung

## Schwererisen im Angriff

Die deutsche Schwererisenindustrie hat mit ihrer im Januar vorgenommenen Preiserhöhung ihre bisherigen besten Freunde schwer verstimmt. Man spricht von einer Kartellkartellkartell, und die eisenverarbeitende Industrie klagt, daß ihr durch diese Diktatur das Leben erschwert wird. Daß es sich bei der Januar-Preiserhöhung tatsächlich lediglich um die

Ausnutzung einer durch die internationale Kartellierung geschützten Position

handelt, wird inzwischen immer klarer. In der Handelspresse wird darauf hingewiesen, daß sich die Preissteigerungen auf solche Eisenmaterialien beschränken, für die die deutsche Schwererisenindustrie durch die Abmachungen der Internationalen Rohstahlgemeinschaft auf dem Inlandsmarkt ein Monopol hat. Die Preise z. B. für Rohblech, Röhren und für Transformatoren- und Dynamoblech sind nicht erhöht worden, weil in diesen Produkten die Auslandskonkurrenz durch den Eisenpakt nicht gebunden ist und also durch eine Preissteigerung leichter Konkurrenzverhältnisse am deutschen Markt bekommen hätte. Die Schwererisenindustrie, die für ihre Preissteigerungen die Arbeiterlöhne verantwortlich gemacht hat, kann nicht bestreiten, daß gerade in Röhren und Blechen verhältnismäßig viel Arbeitslohn gebunden ist. Wenn sie aber gerade die Preise dieser Materialien unverändert ließ, so muß sie damit bekennen, daß sie nur durch den Kartellschutz in der Lage war, die anderen Eisenmaterialien zu verteuern.

Inzwischen klagt die eisenverarbeitende Industrie darüber, daß ihr „auf dem deutschen Inlandsmarkt

ein unnatürlich verstärkter Wettbewerb seitens der mit den niedrigen Auslands-Eisenpreisen arbeitenden Fertigungsindustrien des Auslandes“

erwächst. Die Differenz zwischen den Inlands- und den Auslandspreisen für Eisenmaterial ist so hoch geworden, daß das feinergetriggerte Abkommen zwischen der Schwererisen- und der eisenverarbeitenden Industrie, das Vergütungen für den Teil der von den Eisenverarbeitern verbrauchten Eisenmengen vorsieht, der in der Form von Eisenbristaten zum Export gelangt, unter den veränderten Verhältnissen in keiner Weise mehr ausreicht. Die Schwererisenherren haben deshalb wohl oder übel von ihrer ursprünglichen Preissteigerung abgesehen und um der Freundschaft mit den Eisenverarbeitern willen einen Nachlaß für Süd- und Ostdeutschland bewilligen müssen.

Es hat den Schwererisenherren nichts geholfen, daß sie das gemeinsame Interesse an der Zoll- und Handelspolitik, an Kredit- und Steuerfragen betont haben und die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der bisherigen Einheitsfront. Es hat ihnen auch nicht geholfen, daß sie erklären ließen, sie hätten in den letzten Jahren

alles getan, um ihre Selbstkosten auf das äußerste Maß herunterzubringen.

Es ist auch einer breiteren Öffentlichkeit bekannt geworden, wie wenig von einer solchen Herabsetzung der Selbstkosten auf gewissen Gebieten gesprochen werden kann. In der Frankfurter Zeitung ist kürzlich darauf hingewiesen worden, daß allein die Zahlungen an die die Schwererisenherren für den Kartellschutz an das Rohstahlgewerbe und an die Internationale Rohstahlgemeinschaft zu leisten haben, die Tonne Stahl mit 4,40 bis 5 Mark belasten. Das ist immerhin nicht wenig, denn es ergibt für die Jahresproduktion von Rohstahl in Deutschland im Jahre 1927 in Höhe von 18,3 Millionen Tonnen eine Summe von etwa 80 Millionen Mark. Aber das ist noch längst nicht alles. In einem Anhang zu seinem „Bericht über den Vorbereitungsausschuß der Weltwirtschaftskonferenz“ über „Kartelle und Konzerne“ betont der Leipziger Ökonomenprofessor Kurt Wiedenfeld:

„Die Zahl der Kartelle etwa, denen ein nordamerikanischer Stahltrust angehört, ist ebenso Legion, wie normalerweise die Zahl der Kartelle, denen ein Trust der deutschen Montanindustrie angehört.“

Aber Kosten hin, Kosten her, sie rentieren sich. Keine ausländische Konkurrenz macht den deutschen Schwererisenherren die hohen Preise am deutschen Inlandsmarkt freier. Was schiert die Herren mit der Seite von Eisen und Stahl das Geschrei z. B. der Frankfurter Zeitung über „tollste Ausbeutung der Kartelle und Konzerne“, über „unerhörteste, gewaltsamste Ausnutzung eines Monopols, die jemals da war!“ Recht oder Unrecht, das steht hier nicht in Frage.

Dieser Bericht ist unter dem Titel „Kartelle und Konzerne“ kürzlich im Verlag von Walter de Gruyter & Co. in Berlin und Leipzig als Buch erschienen. Der verhältnismäßig niedrige Preis (3 Mark) und die knappe, übersichtliche Behandlung der ganzen Konzentrationsfragen machen das Büchlein empfehlenswert auch für den Arbeiter, der kritisch zu lesen versteht. Allerdings ist das letztere besonders notwendig. Professor Wiedenfeld schätzt den Wert der Kartelle und Konzerne für die kapitalistische Entwicklung nicht gering ein. Er wünscht nicht, daß sie in ihrem Gebaren durch Regulierungsmaßnahmen gestört werden. Aber die (wenigstens relative) Objektivität des Gelehrten zwingt ihn doch, vielfach kritische Feststellungen zu machen, die gerade deshalb eine besondere Bedeutung haben, weil sie von Wiedenfeld stammen.

Hier handelt es sich um die Macht.

Diese Macht haben die Schwererisenherren ganz besonders gegenüber der Arbeiterschaft mit der sogenannten Rationalisierung durchgesetzt. Vor einigen Tagen berichtete im Berliner Tageblatt ein Mitarbeiter über einen Besuch in den Kruppwerken. Der Bestand an Arbeitern ist bei Krupp nach seiner Mitteilung immer noch ein Drittel geringer als vor dem Kriege, „aber der Ausfall erklärt sich mindestens zum Teil aus der durchgeführten Rationalisierung“. Rationalisierung aber, das bedeutet auch härtere Auspressung der Menschkraft. Der Berichterstatter des BT erklärt:

„Gewiß, es geht bei Krupp heute anders zu, als in dem „Eisenwalzwerk“ von Menzel. Man sieht keine halbnackten Gestalten mehr, die mit Zangen die schweren Eisenblöcke aus der Esse ziehen. Aber wenn die Tür eines Schmelzofens sich öffnet und man angeglüht wird von jener Hitze, die den Stahl schmilzt, begreift man nicht, wie Menschen es acht Stunden hier auszuhalten vermögen.“

„Dennoch hat sich die Industrie“, so fügt der Berichterstatter des BT hinzu, „auf das Neueste dagegen gewehrt, als wenigstens für diese Arbeiterkategorie der achtsündige Arbeitstag obligatorisch erklärt werden sollte.“ Ein ehemaliger absteiger Offizier, der den Berichterstatter zu führen hatte, „erklärte neben den Sozialisten die

Beschränkung der Arbeitszeit als den größten Hemmschuh der industriellen Entwicklung

und gleichzeitig als das größte Hindernis für den materiellen Aufstieg der Arbeiter“. „Vergessen wir doch nicht“, sagte er wörtlich, „daß der Wohlstand der Krupparbeiter vor dem Kriege in den Ueberstunden erworben worden ist.“ Der Berichterstatter des BT fügt dem hinzu: „Man kann dem herrschenden System der Verteilung von Arbeit und Ertrag kein schärferes Urteil sprechen.“

„Ach nein, das kann man doch. Und sogar mit Zahlen. Mit Zahlen, die von dem großen Rhein-Ruhr-Montantrust, der Aktiengesellschaft Vereinigte Stahlwerke der Deutschen Reichs- und Provinzial-Länder, die Vereinigten Stahlwerke (Vesta) sind nicht ein z-belliebiges Wert der deutschen Schwererisenindustrie. Nach den eben bekanntgegebenen neuen Beteiligungszahlen der deutschen Rohstahlgemeinschaft in Höhe von insgesamt 18,37 Millionen Tonnen hat die Vesta eine Produktionsquote von 6,89 Millionen, das sind (ohne die anderen zum Einflußbereich der Vesta gehörenden Teilmaterien der Rohstahlgemeinschaft) immerhin 40,8 Prozent. Als nächstgrößten Wert folgt hinter der Vesta Krupp mit nur 1,79 Millionen Tonnen Beteiligung. Alle Firmen und Konzerne der Schwererisenindustrie sind Zwergge gegenüber dem Riesen Vesta.“

Die Verhältnisse bei der Vesta sind demnach maßgebend für die Beurteilung der Gesamtverhältnisse in der deutschen Schwererisenindustrie.

Was aber hat die Vesta zu berichten? Ihre Belegschaftszahl, die im zweiten Vierteljahr 1926 173 416 betragen hat, ist mit dem Konjunkturaufschwung bis zum zweiten Vierteljahr 1927 bis auf eine Höchstzahl von 195 905 gestiegen. Seitdem ist aber die Belegschaftszahl bis zum Jahresende 1927 auf 182 235 zurückgegangen. Einen Überblick über die Produktionsverhältnisse bei der Vesta in ihrer Entwicklung von Vierteljahr zu Vierteljahr seit dem zweiten Quartal 1926 (die Vesta ist am 1. April 1926 ins Leben getreten) gibt nun die folgende Tabelle. Wir haben die Produktions- und Arbeiterzahlen im ersten Vierteljahr der Belegschaft gleich 100 gesetzt und die weiteren Zahlen dazu ins Verhältnis gebracht. Danach ergab sich folgendes interessante Bild:

	Kohlen	Stahl	Rohblech	Rohstahl	Waldenort-	Arbeiter-
	produkt	produkt	produkt	produkt	produkt	zahl
2. Quartal 1926	100	100	100	100	100	100
3. Quartal 1926	120,5	104,8	131,6	142,1	137,9	102,2
4. Quartal 1926	126,1	128,8	150,3	153,8	151,3	106,7
1. Quartal 1927	124,3	135,4	150,2	164,4	151,1	110,5
2. Quartal 1927	113,8	137,9	165,9	164,6	155,—	113,—
3. Quartal 1927	122,2	142,5	169,4	170,—	?	105,6
4. Quartal 1927	124,8	153,3	175,7	174,7	?	105,1

Man vergleiche die Zahlen der letzten Reihe mit den übrigen Reihen. Der Eindruck bleibt im ganzen und im einzelnen derselbe: die Verkrüftung und die Rationalisierung, die organisatorischen und technischen Maßnahmen und die Untertreibung, sie tragen den Schwererisenherren goldene Früchte. Bei solcher Steigerung der Betriebsergebnisse pro Arbeiter hat die Vesta und haben mit ihr die anderen Schwererisenunternehmen sicherlich keine Veranlassung, darauf zu sehen, Pfennige zu sparen.

Die Pfennige zahlen sie milliardenweise an die Kartellkosten, ihren Arbeitern aber legen sie Kampf an, wenn diese um Pfennige, weniger als die Kartellkosten ausmachen, ihre Lage verbessern wollen.

Allerdings: die Kartellpfennige rentieren sich. Sie erlauben, auf acht patriotische Weise die „deutsche Nation“ auszuplündern. Dagegen die höheren Löhne, die man den Arbeitern zahlen könnte, rentieren die sich auch? Die Schwererisenherren verneinen diese Frage aus ihrer Einstellung heraus, die nur das enge kapitalistische Interesse kennt. Die Arbeiterschaft, die demgegenüber dem Menschen, dem arbeitenden Menschen zum Rechte verhelfen will, wird noch oft und nachdrücklich ihre ganze Kraft einlegen müssen, um gegenüber der engstennigen Unternehmerrationalisierung ihr Lebensrecht durchzusetzen.



Mag sein,  
aber da müssen Sie mal  
„SUPERIA“  
rauchen, die neue charaktervolle

Zigarette  
53







# Aus der Umgebung

## Parteitag des Unterbezirks Borna

Der am Sonntag, dem 12. Februar 1928, abgehaltene Parteitag des Unterbezirks Borna war von 27 Ortsgruppen mit insgesamt 14 stimmberechtigten Delegierten besucht. 8 Ortsgruppen waren nicht vertreten. Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßte Gen. Görke insbesondere die Vertreter der neugegründeten Ortsgruppe Aufg. Die Tagesordnung lautete: 1. Tätigkeitsbericht des Vorstandes, 2. Pressefragen, 3. Wahlen a) des Unterbezirksvorstandes, b) der Bezirksparteitage-Delegierten, 4. Aufstellung der Kandidaten für die Reichstagswahl, 5. Verschiedenes.

Zum Tätigkeitsbericht referierte Gen. Zahn unter Hinweis auf den gedruckt vorliegenden Bericht, der jedem Delegierten ausgehändigt war. Die Vervielfältigung des Berichts soll den einzelnen Ortsgruppen Gelegenheit bieten, ihre eigene organisatorische Tätigkeit mit der anderer Ortsgruppen zu vergleichen und, ohne erst aufmerksam gemacht zu werden, selbst zu erkennen, wo in erster Linie eine stärkere und intensivere Tätigkeit zu entfalten ist.

Zum 2. Tagesordnungspunkt 'Pressefragen' referierte Gen. Seidel-Görny (Mitglied der Pressekommission). Unter verschiedenen organisatorischen Momenten legte er das Schwergewicht auf den schon oft bemängelten Mischstand, daß auf Grund seiner geographischen Lage die Mitglieder des Unterbezirks keine einheitliche Parteipresse haben. Die eine Hälfte liest die 'Leipziger Volkszeitung', während die größere Hälfte die 'Volkszeitung für das Mitteldeutschland' abonniert. Er legt dann eine den Delegierten ausgehändigte Resolution folgenden Inhalts vor:

Der Unterbezirksparteitag am 12. Februar 1928 in Borna stellt nach eingehender Behandlung der Zeitungsfrage folgende Forderung auf: 1. Der im Unterbezirk bestehende Zustand, daß ein Teil der Ortsgruppen die WZ, der andere überwiegende Teil die MV liest, muß schleunigstens beseitigt werden. 2. Eine Lösung dieser Frage erblickt der U.-B. darin, daß für den gesamten Bezirk die Leipziger Volkszeitung als Parteiorgan erscheint. Technische und finanzielle Schwierigkeiten, die geltend gemacht werden könnten, dürften letzten Endes nicht ausschlaggebend sein, wenn das größere Interesse der Partei die Forderung erfordert. Die Erfahrungen bei der bürgerlichen Presse zeigen, daß auch die Landorte Wert auf eine großstädtische Presse legen. Ueber die Ausgestaltung bzw. Raumverteilung der Berichte der Unterbezirke muß eine zweckmäßige Regelung gefunden werden. — Die Werbetafel der Parteizeitungen würde dadurch wesentlich gehoben. Der Unterbezirksparteitag erwartet, daß Bezirksvorstand, Pressekomitee und Geschäftsleitung Mittel und Wege finden, dem berechtigten und jahrelang gehegten Wunsch Rechnung zu tragen. Diese Resolution findet nach allseitiger befürwortender Aussprache, in der Genosse K. Günther-Leipzig auf die zu überwindenden technischen Schwierigkeiten und die finanzielle Mehrbelastung des Zeitungsunternehmens verwies, einstimmige Annahme.

Nach kurzer, etwas gesteigerter Debatte, wurden als Unterbezirksvorstandsmitglieder gewählt die Gen. Görke, A. Eckardt, P. Schiffer, R. Thurm u. Reindl, H. Genossin Schubert, Rüdte. Als Delegierte für den am 25. März stattfindenden Bezirksparteitag wurden gewählt aus den Agitationsbezirken Froburg: Krause, Olla; Vogel; Lausitz: Schmidt; Borna: Schubert, Mühlbauer; Kötha: Weber; Regis-Br.: Seidel; Großsch.-Pegau: Kühn und Michaelis. Als Vertreter in der Pressekommision wird wieder Gen. Seidel fungieren.

Zur Kandidatenfrage für die Reichstagswahl schlägt der Unterbezirk Borna den Genossen Hugo Saube - Leipzig vor und unterstützt die Kandidatur des Gen. Mich. Hinzke. Weiter geht ein Antrag ein, der besagt, daß der Unterbezirk Borna in der Reichstagskandidatur Roske eine Erfahrt für die

Partei erblickt, der Parteitag erwartet, daß der Parteivorstand eine solche verbilligt. Dieser Antrag findet ebenfalls einstimmige Annahme.

## Ein Kind tödlich verbrüht

In Göhren verbrühte sich am Sonntag in der Wohnung seiner Großeltern ein fast zwei Jahre alter Knabe mit kochendem Wasser. Auf ärztliches Anraten hin wurde das Kind in das Leipziger Kinderkrankenhaus übergeführt, wo es bald nach seiner Einlieferung den erlittenen Verletzungen erliegen ist.

Der Polizeibericht meldet zu dem Fall folgendes: Am 10. Februar, nachmittags gegen 1/4 Uhr, wurde in der Wohnung seiner Großeltern in Göhren ein 1 1/2 Jahre alter Knabe verbrüht. Der Kleine hatte mit dem dreijährigen Sohn seines Onkels in der Küche gespielt. Die Großmutter des Kleinen hatte einen großen Topf mit kochendem Wasser aus der Küche des Küchensofens herausgenommen, um aufzuwaschen. Dabei ist sie von den spielenden Kindern gestochen worden, wodurch Wasser aus dem Topf über sie und den Kleinen und die Frau selbst verbrühte. Das andere Kind blieb unverletzt. Von dem sofort herbeigerufenen Arzt wurde am nächsten Tage die Überführung des Kindes in das Leipziger Kinderkrankenhaus angeordnet. Dort ist der Kleine am 12. 2. nachmittags gestorben.

**Tausch, Schadensfeuer.** Infolge Kurzschluss entstand am Montagvormittag in den Eggenhorwitzer Feuer, wobei die in einem Raume lagernden Zellulosemassen in Brand gerieten. Der Ortsfeuerwehr gelang es nach kurzer Tätigkeit, das Feuer auf seinen Herd zu beschränken. Die herbeigeeilte Leipziger Feuerwehr brauchte nicht in Tätigkeit zu treten.

**Pegau, Mißbrauch der Erwerbslosen durch die Kommunisten.** Bei Beratung des Antrages der Erwerbslosen auf Beseitigung dieser mit Feuerungsmaterial wurde u. a. vom Genossen Schickel im Stadtparlament auf die Notwendigkeit der Hilfe für die gegen ihren Willen aus dem Produktionsprozeß ausgeschalteten hingewiesen, und ferner betont, daß selbst dann, wenn wir Sozialdemokraten den Fortschritt, den das Arbeitslosenversicherungsgesetz für die Erwerbslosen brachte, anerkennen, die Gemeinden nach wie vor verpflichtet sind, an der Linderung der Not der Erwerbslosen mitzuwirken. Diese wenigen, an sich selbstverständlichen Ausführungen riefen den Unentwegten Pöbel auf den Plan, der dagegen protestierte, daß das Arbeitslosenversicherungsgesetz von den Sozialdemokraten als Fortschritt bezeichnet wird; weiter beschimpfte dieser Maulwurfsbau die Sozialdemokratie, weil sie diesem Gesetz ihre Zustimmung gab. Doch diese Schimpfanrede sollte noch an anderer Stelle fortgesetzt werden, nämlich in der Erwerbslosenversammlung. In dieser wenig besuchten Veranstaltung wurde den Versammelten klargemacht, daß nur die KPD ihre Interessen wahrnimmt, während SPD und Gewerkschaften gegen die Erwerbslosen sind. Eine einstimmig angenommene Entschließung (nur 20 Prozent der Erwerbslosen waren anwesend) wurde an das Gewerkschaftskartell gerichtet. Das Kartell wird sich mit dieser Angelegenheit befassen und auch eine Bepfändung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes vornehmen. Ob es aber mehr ist, wagen wir zu bezweifeln. Denn wollte es den Intentionen der Kommunisten folgen, so würde es seine Befugnisse weit überschreiten. In dieser Auffassung sollten auch langsam die Erwerbslosen kommen, besonders die, die da glauben, das Gewerkschaftskartell müsse nach der Pfeife der KPD tanzen.

**© Volkshaus Leipzig**  
 Spezialgerichte. Heute: Schmorbraten mit Backobst  
 1.75 - Überbacken mit Sauerkraut 1.00 - Morgen: Frankfurter  
 Speckbratoffeln 40 - Gefüllter Weißkohl mit Kartoffeln 85 -  
 Schlachtfest.

## Arbeitsgericht

Freilos entlassen wegen Verweigerung gesundheitsgefährdender Arbeit!

Unter dieser Überschrift berichteten wir am 13. Januar über einen Prozeß, den der seit 1919 auf dem Rittergut Stürmthal beschäftigte und am 28. Dezember vorigen Jahres freilos entlassene landwirtschaftliche Arbeiter K. gegen den Pächter des Gutes, Ludwig Geller, angeklagt hatte. Der Kläger war auf die Straße gesetzt worden, weil er den gesundheitsgefährlichen Dienst in der Brennerei, den er bereits seit längerer Zeit nicht mehr ausübte, vom frostlichen Tage ab jedoch wieder leisten sollte, verweigert hatte, da er an Rheumatismus leidet. Auf diesen Umstand hatte er den Inspektor am Morgen des 28. Dezember aufmerksam gemacht, trotzdem bis zum Abend verjuchswiese gearbeitet, dann aber erklärt, daß er außerstande sei, sich weiterhin in der Brennerei zu betätigen; der Inspektor war darauf mit ihm zu Geller gegangen, und der hatte ihm, da er bei seiner Ablehnung verharrte, wegen 'fortgesetzter Dienstverweigerung' entlassen.

Dieser Tage wurde nun unter Dr. Schickels Vorsitz der Unternehmer dem Klageantrag entsprechend verurteilt! Die Entscheidungsgründe verraten ein bei unseren Gerichten leider sehr selten anzutreffendes soziales Verständnis für die wirtschaftliche Lage und Psychologie der Arbeiter, namentlich der in der Landwirtschaft beschäftigten, und seien daher wörtlich angeführt:

„Es kann dahingestellt bleiben, ob der Kläger dem Beklagten gegenüber ausdrücklich erklärt hat, wie er behauptet, daß er die Arbeit aus gesundheitlichen Gründen nicht leisten könne, oder ob er, wie der Beklagte angibt, keinen Grund genannt hat. Da das fragliche Gespräch in Gegenwart des Inspektors stattfand und dieser untrügend aus dem Munde des Klägers wußte, daß der die Arbeit aus gesundheitlichen Gründen ablehnte, so war es Pflicht des Inspektors, den Beklagten hierüber aufzuklären. Es ist gerichtlich kundig, daß das zwischen Unternehmer und Arbeiter bestehende, gerade in der Landwirtschaft stark betonte Abhängigkeitsverhältnis des Arbeiters vom Unternehmer den ersteren dem letzteren gegenüber sehr oft einschüchtern, mindern und in seiner Redefreiheit beschränkt, und daß es durchaus wahrscheinlich ist, daß der Kläger aus diesem Grunde dem Beklagten gegenüber keinen Grund für die Ablehnung der Arbeit in der Brennerei angegeben hat. Ist das Schweigen des Klägers in dem Augenblick, in dem er hätte reden sollen, zumindest eine Ungehörigkeit und Unklugheit, so ist das Schweigen des Inspektors bei dem gleichen Anlaß als eine Pflichtverletzung anzusehen, denn zu seinen Dienstverpflichtungen gehört auch die Vermittlung des Verkehrs zwischen Arbeiter und Unternehmer. Für diese Unterlassung des Inspektors ist der Beklagte aber verantwortlich zu machen. Abgesehen hiervon wäre es Sache des Beklagten gewesen, den Grund für die Weigerung des Klägers mindestens durch eine Frage zu erforschen, anstatt den über acht Jahre im Betrieb beschäftigten Arbeiter ohne weiteres zu entlassen. Hinzu kommt, daß der Kläger durch das ärztliche Zeugnis nachgewiesen hat, daß er tatsächlich krank war und sich annehmbar sogar diese Krankheit während der eintägigen Beschäftigung verschlimmert hat!“

R. H.

## Berammlungskalender

Dienstag, 14. Februar 1928.  
 Zentralverband der Zimmerer, Funktionäre, Volkshaus, 17 Uhr.  
 Maurer, Volkshaus, 19 Uhr.  
 Stelmträger, Volkshaus, 17.30 Uhr.  
 Freireligiöse Gemeinde, öffentliche Versammlung, Reichshallen, Volksmarsdorf, 20 Uhr.  
 Mittwoch, 15. Februar 1928.  
 Holzarbeiterverband, Volkshaus, 18 1/2 Uhr.  
 Tagesordnungen usw. in vorausgegangenen Inseraten ersichtlich.

## KLEINER ANZEIGER

<b>Vorkäufe</b> Bienenhonig, gar rein R. D. Beste, 10. Wfb.-D 10, Halbes. 4, Porto extra, Multumionit. Wirth, Dinteruhlt, mannsdorf 181 bei Stiegelheim in Sa.	<b>2 geb. Bettstell. m. Mir. iow Kinderb. d. a. verk. Harder- bergstraße 62, D. II r.</b>	<b>Diversas</b> <b>Ehrenerklärung.</b> Die beleid. Feue- rungen geg. Bernh. Hauenehmlich hier- mit zurück. W. Jäger. <b>Ehrenerklärung!</b> Die Beleidigung gegen Frau A. Feumelster nehme ich hiermit zurück. Lina Langhein.
<b>Auf Kredit Herrenanzüge mit 10 Malh. Umkleen Scherbel Schimmelstraße 20 und Markt 2</b>	<b>Auf Kredit Solus Chalchona, mit 5 Malh. Umkleen Wfb.-Werk-Str.-Kau Hans Hoffmann Kottelstraße 10, I. Stock</b>	<b>Masken-Kostüme</b> für Damen u. Herren in größter Auswahl billig zu verkaufen Brod., Geleischaits- anläge Richter, Berliner Straße 6
<b>Tapete - Käufer ohne Anzahlung in 10 Monats- raten liefert Tapetehaus Agay &amp; Glöck, Frankf. a. M. Schreiben Sie sofort 769</b>	<b>Kinderwagen</b> Klappwagen Buppenwagen Kinderstühle usw. Teils.. iof mitnehm. Giffertstraße 46, I	<b>Elegante Masken-Kostüme</b> für Damen und Herren verleiht von 3.4 an auch nach auswärts August Kitzing Leipzig, Kurprinzstr. 22, Berlin 102 56
<b>Stür. Schrank's verk. Ludwigstr. 8. III. r. Def. v. 9-19 Uhr.</b>	<b>Kaufgesuche</b> Gold, Silber, Brillant, Gebisse kauft Hans Dünkel Promenadenstraße 25	

**Das überlegene Lächeln der Hausfrau bei ihren Backvorbereitungen: Ich habe die butterfeine Rama, und ich weiß, daß mein Backwerk köstlich duften und trefflich geraten wird. Und - ich spare Geld.**

1/2 Pfd. 50 Pfg.

**RAMA**  
MARGARINE  
butterfein

Rama  
MARGARINE  
die feine

## Enttäuscht

sind Sie, wenn Ihre neu gekaufte Schere beim schneiden feiner Stoffe, besonders Seide, vollständig versagt. Dieser Fehler ist oft bei Scheren aus schlechtem Stahl oder mit falscher Scherart zu finden. Kaufen Sie daher Stahlwaren nur noch beim Fachmann, denn er prüft vorher in eigener Werkstatt jedes Stück auf des genaueste.

M. Armani, Kurprinzstr. 3. V. Beltrame, Eisenbahnstr. 32. K. Eilmann, Kolonnenstr. 9. Graubach, Große Fleischergasse 28. A. Gröger, Bayersche Straße 3. H. Kullmann, Neumarkt 16. H. Möbius, Dresdner Straße 67. A. Rothe, Plauensche Straße 2. K. Sattler, Münzgasse 9. A. Suda, Zeitzer Straße 13. A. Schönfeld, Ranitsche Gasse 6. A. Starck, Windmühlenstraße. K. Sommer, Gohlis, Lindenthaler Straße 32. W. Böhme, Lindenu. Karl-Heine-Straße 72. F. W. Mattheis, Lindenu. Merseburger Straße 52

**Luniz zu früh und spät  
Yfingina = Gasguscht**

Ihr Anzug wird „wie neu“ geputzt u. gebügelt. 45.50, Abhol. u. Sul. frei. Volk gemüht an Reinigung „Undine“ L. Bilitz, Burohardstr. 1

Proseßvertr. durch behördl. u. g. Red. 10. B. Bismarckstr. 63. Verkauf, Friedrich, Ebert-Straße 63. Sprechz. tägl. 14-18 Uhr

250 Trommel und Weiser mit 36 Schlagzeugschlägern sind bereits im Leipziger Reichsbanner vereinigt. Wer unseren Spielmannsgesängen oder unseren Schützentrübungen betätigen oder belaudere Ausbildung wünscht, wende sich an die Geschäftsstelle des Reichsbanners Leipzig C 1, Gellertstraße 79, III